

Gern, Klaus-Jürgen; Hauber, Philipp; Kooths, Stefan; Möhle, Saskia; Stolzenburg, Ulrich

Article

Weltkonjunktur im Winter 2018 - Weltkonjunktur mit weniger Schwung

Kieler Konjunkturberichte, No. 49

Provided in Cooperation with:

Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

Suggested Citation: Gern, Klaus-Jürgen; Hauber, Philipp; Kooths, Stefan; Möhle, Saskia; Stolzenburg, Ulrich (2018) : Weltkonjunktur im Winter 2018 - Weltkonjunktur mit weniger Schwung, Kieler Konjunkturberichte, No. 49, Institut für Weltwirtschaft (IfW), Kiel

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/209461>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

KIELER KONJUNKTUR- BERICHTE

Weltkonjunktur im Winter 2018

Abgeschlossen am 11. Dezember 2018



Nr. 49 (2018|Q4)

*Klaus-Jürgen Gern, Philipp Hauber,
Stefan Kooths, Saskia Möhle und
Ulrich Stolzenburg*

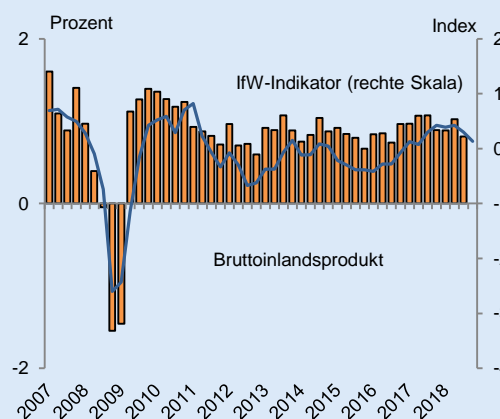
WELTKONJUNKTUR MIT WENIGER SCHWUNG

Klaus-Jürgen Gern, Philipp Hauber, Stefan Kooths, Saskia Möhle und Ulrich Stolzenburg

Die Weltkonjunktur hat im Verlauf des Jahres 2018 an Fahrt verloren. Die wirtschaftliche Stimmung hat sich nahezu überall deutlich eingetrübt. Hierzu hat neben einer Verunsicherung durch zunehmende handelspolitische Konflikte die Straffung der Geldpolitik in den Vereinigten Staaten beigetragen, in deren Folge es zu einem Umschwung bei den internationalen Kapitalströmen kam, der die wirtschaftliche Expansion in den Schwellenländern bremst. Die Weltproduktion, gerechnet auf Basis von Kaufkraftparitäten, wird in diesem Jahr wie im vergangenen Jahr um 3,7 Prozent zunehmen. Im kommenden Jahr dürfte die Zuwachsrate auf 3,4 Prozent zurückgehen. Wir haben unsere Prognose vom September damit für 2018 und 2019 nochmals leicht – um jeweils 0,1 Prozentpunkte – reduziert. Für 2020 erwarten wir unverändert einen Zuwachs um abermals 3,4 Prozent. Risiken bestehen insbesondere in einer weiteren Verschärfung der Handelskonflikte. In Europa könnten Sorgen um die Schuldenfähigkeit in Italien, die Verzögerung von Reformen in Frankreich und nicht zuletzt ein möglicher ungeordneter Brexit dazu führen, dass sich die Konjunktur schwächer entwickelt als erwartet.

Die Expansion der Weltwirtschaft hat sich im Jahr 2018 verlangsamt. In der Grundtendenz hat die Weltkonjunktur im Verlauf des Jahres an Fahrt verloren. Die globale Produktion legte nach einem schwachen Jahresbeginn zwar im zweiten Quartal nochmals kräftig zu, büßte aber im dritten Quartal wieder deutlich an Dynamik ein. Für das letzte Vierteljahr signalisiert der IfW-Indikator für die weltwirtschaftliche Aktivität, der auf der Basis von Stimmungsindikatoren aus 42 Ländern berechnet wird, eine weitere Verlangsamung der Konjunktur (Abbildung 1). Dabei hat sich die Stimmung seit dem Frühjahr nahezu überall deutlich eingetrübt. Während der IfW-Indikator in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften zuletzt wieder deutlich gestiegen ist und immer noch ein überdurchschnittliches Niveau aufweist, ist er in den Schwellenländern zuletzt auf ein recht niedriges Niveau zurückgefallen (Abbildung 2). Hierzu hat

Abbildung 1:
Weltwirtschaftliche Aktivität 2007–2018

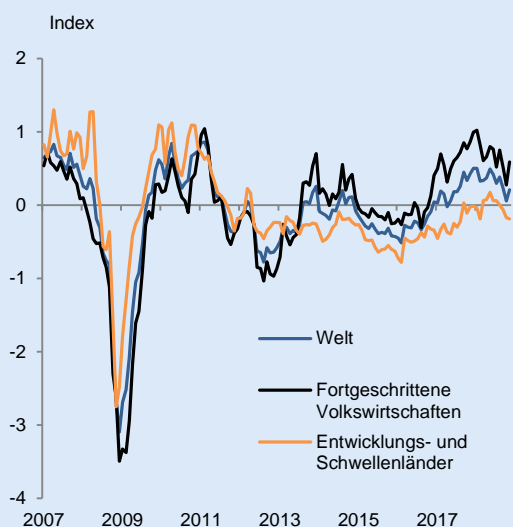


Quartalsdaten; saisonbereinigt; Indikator berechnet auf Basis von Stimmungsindikatoren aus 42 Ländern; Bruttoinlandsprodukt: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorquartal, 46 Länder.

Quelle: OECD, *Main Economic Indicators*; nationale Quellen; eigene Berechnungen.

Kasten 1: Zu den wirtschaftlichen Herausforderungen für die neue Regierung Brasiliens (S. 12)

Abbildung 2:
Wirtschaftsklima nach Ländergruppen 2007–2018



Monatsdaten, saisonbereinigt; teilweise geschätzt; auf der Basis der im IfW-Indikator enthaltenen Stimmungsindikatoren für 42 Länder (34 fortgeschrittene Volkswirtschaften und 8 Schwellenländer).

Quelle: OECD, *Main Economic Indicators*; nationale Quellen; eigene Berechnungen.

eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Stimmung in China beigetragen, aber auch der Umschwung bei den Kapitalströmen, der die Währungen vieler Schwellenländer zeitweise stark unter Druck gesetzt und zu Turbulenzen an den Finanzmärkten geführt hatte. Für 2018 zeichnet sich nun ein Anstieg der Weltproduktion um 3,7 Prozent ab. Dies ist 0,1 Prozentpunkt weniger als in unserer Septemberprognose erwartet, vor einem Jahr hatte unsere Prognose noch bei 3,9 Prozent gelegen.

Die Unterschiede in der konjunkturellen Dynamik zwischen den Ländern sind größer geworden. War das Jahr 2017 durch einen ausgeprägten konjunkturellen Gleichlauf geprägt gewesen – die wirtschaftliche Dynamik hatte sich in nahezu allen wichtigen Volkswirtschaften spürbar verstärkt –, so differenzierte sich das Konjunkturbild im zu Ende gehenden Jahr zusehends. Während sich das Expansionstempo in den Vereinigten Staaten, angeschoben von kräftigen fiskalischen Impulsen, nochmals erhöhte, verlor die Konjunktur im Euroraum und in Japan merklich an Schwung. In den Schwellenländern verlangsamte sich der Produktionsanstieg unter dem Eindruck verschlechterter finanzieller Rahmenbedingungen

zwar verbreitet, das Ausmaß der konjunkturellen Abschwächung war aber sehr unterschiedlich. Während das Tempo der Produktionsausweitung in vielen Ländern Asiens sowie in Russland, aber auch in Teilen Lateinamerikas nur wenig nachließ, gerieten Argentinien und die Türkei in schwere Turbulenzen und rutschten in eine Rezession.

In den fortgeschrittenen Volkswirtschaften verringerte sich das Expansionstempo nach der Jahresmitte wieder. Vergleichsweise robust zeigte sich die Wirtschaft in den Vereinigten Staaten. Hier nahm das Bruttoinlandsprodukt im dritten Quartal mit einer Rate von 0,9 Prozent nur wenig langsamer zu als im Vorquartal. Während der private Konsum weiter kräftig stieg, verringerte sich die Investitionsdynamik nach der Jahresmitte merklich; der Wohnungsbau schrumpfte bereits das dritte Quartal in Folge. Für das vierte Quartal signalisieren Kurzfristprognosemodelle eine abermals deutliche, wenngleich im Vergleich zum Vorquartal nochmals etwas verringerte Expansion des US-Bruttoinlandsprodukts. So hat sich auch der Beschäftigungsaufbau zuletzt verlangsamt. In Japan schwächte sich die wirtschaftliche Dynamik im dritten Quartal deutlich ab, wobei sowohl die inländische Verwendung nach einem sehr kräftigen Zuwachs im Vorquartal nachgab als auch die Exporte zurückgingen. Nachdem der im vergangenen Jahr sehr kräftige Aufschwung im Euroraum bereits im ersten Halbjahr spürbar an Schwung verloren hatte, legte die Produktion im dritten Quartal mit 0,2 Prozent nochmals verlangsamt zu. Die Abschwächung ist zwar wesentlich durch einen starken Rückgang der Automobilproduktion bedingt, der mit der Einführung neuer Standards für die Abgasmessung in Zusammenhang steht und vermutlich temporärer Natur ist. Die Entwicklung am Arbeitsmarkt spricht aber dafür, dass sich die Konjunktur auch in der Grundtendenz verlangsamte hat. Die Arbeitslosigkeit ist zuletzt kaum noch zurückgegangen, die Arbeitslosenquote liegt seit Juli unverändert bei 8,1 Prozent. Im Vereinigten Königreich hat sich die Produktion vergleichsweise kräftig um 0,6 Prozent erhöht; damit stieg das Bruttoinlandsprodukt dort zum ersten Mal seit zwei Jahren stärker als im Euroraum. Maßgeblich war, dass die Exporte

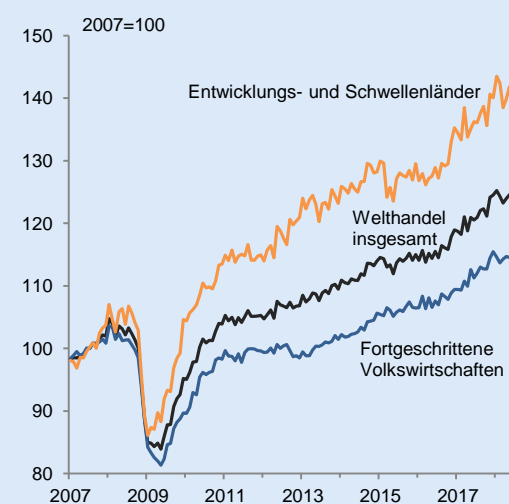
anzogen, während die Importe weiter stagnierten.

Die Wirtschaft in den Schwellenländern ist unter Druck geraten, zeigt sich insgesamt aber bislang recht robust. Im Jahr 2017 hatte sich die Konjunktur in den Schwellenländern auf breiter Front belebt. Der Aufschwung droht nun bereits nach kurzer Zeit wieder zu Ende zu gehen, denn die Aussichten für die wirtschaftliche Expansion haben sich im Verlauf des Jahres 2018 deutlich eingetrübt. Zeitweise gerieten die Vermögenstitel der Schwellenländer an den Finanzmärkten so stark unter Druck, dass die Befürchtung geweckt wurde, es könne in der gesamten Ländergruppe zu einem wirtschaftlichen Einbruch wie in den Jahren 1997/98 kommen. Krisenhafte Züge hat die Entwicklung bislang nur in Argentinien und in der Türkei angenommen. Im Vergleich zur Asienkrise differenzieren die Finanzmärkte aber gegenwärtig stärker, was wohl nicht zuletzt auch daran liegt, dass die Schwellenländer inzwischen ihre Wechselkurse weitgehend flexibilisiert haben. Dadurch wird es Anlegern erschwert, gegen eine Währung zu spekulieren. Denn die Notenbanken fungieren nicht mehr als berechenbare Gegenpartei, die versucht, ein Wechselkursziel einzuhalten, was im Fall eines schlagartigen Umschwungs der Kapitalverkehrsströme erfahrungsgemäß am Ende nicht gelingt. In den übrigen Schwellenländern verlangsamte sich der Produktionsanstieg nur etwas. Die Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts in China ging nur leicht auf zuletzt 6,5 Prozent im Vorjahresvergleich zurück. In Indien scheint sich der Produktionsanstieg zuletzt zwar merklich abgeschwächt zu haben; die Zuwachsraten waren im ersten Halbjahr mit rund 8 Prozent aber auch sehr hoch gewesen. Insgesamt ist die wirtschaftliche Expansion im asiatischen Raum weiterhin kräftig. Die Produktion in Russland blieb deutlich aufwärts gerichtet. In Brasilien verstärkte sich der Produktionsanstieg zuletzt sogar wieder, wenngleich ausgehend von niedrigem Niveau (Kasten 1).

Der Welthandel hat an Schwung verloren. Nachdem der Welthandel bis zum Ende des vergangenen Jahres stark gestiegen war, hat er

im Verlauf dieses Jahres nur noch wenig zugenommen (Abbildung 3). Sein Vorjahresniveau überstieg er im September um lediglich 2,3 Prozent. Besonders schwach war die Entwicklung im Außenhandel des Euroraums und Japans, während der Außenhandel der Vereinigten Staaten noch etwas zulegte.

Abbildung 3:
Welthandel 2007–2018

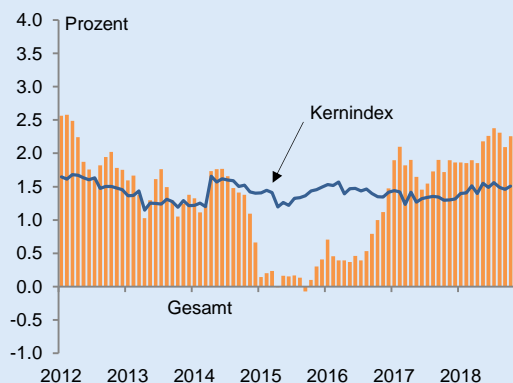


Monatsdaten; preis- und saisonbereinigt.

Quelle: CPB, World Trade Monitor, eigene Berechnungen.

In den fortgeschrittenen Volkswirtschaften hat sich der Inflationsdruck im Verlauf des Jahres 2018 in der Grundtendenz nur wenig verstärkt. Die Inflationsraten in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften haben sich im Jahr 2018 zwar allgemein merklich erhöht; dies war aber vor allem den höheren Ölpreisen geschuldet. Die Kernrate der Inflation hat sich trotz der in vielen Ländern inzwischen recht hohen gesamtwirtschaftlichen Kapazitätsauslastung kaum erhöht; seit einigen Jahren liegt sie für die Ländergruppe insgesamt stabil bei 1,5 Prozent (Abbildung 4). Die schwache Entwicklung der Kerninflation ist wesentlich strukturellen Faktoren geschuldet und mit der Diagnose deutlich geschrumpfter freier Kapazitäten durchaus vereinbar (Gern et al. 2017).

Abbildung 4:
Verbraucherpreise in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften 2012–2018



Monatsdaten; Veränderung gegenüber dem Vorjahr der Verbraucherpreise in den Vereinigten Staaten, im Euroraum, in Japan und im Vereinigten Königreich, gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt zu Preisen und Wechselkursen von 2016; Kernindex: Verbraucherpreise ohne Energie und Nahrungsmittel.

Quelle: OECD, *Main Economic Indicators*; eigene Berechnungen.

Konjunkturelle Rahmenbedingungen

Handelskonflikte belasten weiterhin den Ausblick. Seit Anfang 2018 versucht die US-Regierung zunehmend, ihre wirtschaftspolitischen Ziele auch durch handelspolitische Maßnahmen zu erreichen. Sie hat verschiedentlich Strafzölle eingeführt oder angedroht, um bilaterale Vereinbarungen abzuschließen oder neu zu verhandeln. So wurde das nordamerikanische Freihandelsabkommen in Frage gestellt und neu gefasst. Gegenwärtig besteht insbesondere ein Konflikt mit China um Marktzugänge und Eigentumsrechte, der im Verlauf des Jahres zunehmend eskalierte. Zuletzt waren Waren im Wert von rund der Hälfte der US-Einfuhren aus China von Sonderzöllen betroffen: Im Juli traten Zölle von 25 Prozent auf Importe in Höhe von rund 50 Mrd. US-Dollar in Kraft; auf Güter im Wert von weiteren 200 Mrd. Dollar wird seit September ein Zoll von 10 Prozent erhoben, der Anfang 2019 auf 25 Prozent steigen sollte. Zwar wurde beim G20-Treffen zwischen den Vereinigten Staaten und China vereinbart, diese Erhöhung zunächst auszusetzen und innerhalb der nächsten drei Monate eine Lösung des Handelsstreits herbeizuführen. Dabei stellte China in Aussicht, die Einfuhr amerikanischer Waren zu erhöhen und die Sonderzölle auf Autos aus amerikanischer Pro-

duktion zurückzunehmen, die als Vergeltung für die Strafzölle der Vereinigten Staaten im Sommer von 15 Prozent auf 40 Prozent erhöht worden waren. Damit ist die Spirale aus Maßnahmen und Gegenmaßnahmen in diesem Handelsstreit zwar zunächst gestoppt. Die Unsicherheit über die handelspolitischen Rahmenbedingungen allerdings bleibt, zumal die US-Regierung weiterhin mit Handelsanktionen droht, wenn für die Vereinigten Staaten bei den gegenwärtigen Regeln ein Handelsdefizit resultiert, wie etwa im Handel mit der Europäischen Union und hier insbesondere im Bereich Fahrzeugbau. Bereits die Sorge um eine Eskalation des Handelskonflikts kann Investitionen hemmen und die Konjunktur spürbar dämpfen. Die mit der US-Politik verbundene Erosion der multilateralen Welthandelsordnung droht das weltwirtschaftliche Wachstumspotenzial zu verringern, da sie globale Wertschöpfungsnetzwerke in Frage stellt, deren Aufbau in den vergangenen Jahrzehnten zur starken Expansion der Weltwirtschaft beigetragen hat. Auch für die Vereinigten Staaten drohen Einkommensverluste, denn signifikante Zollerhöhungen könnten die Realeinkommen privater Haushalte schmälern und die Produktion von international vernetzten Firmen beeinträchtigen.

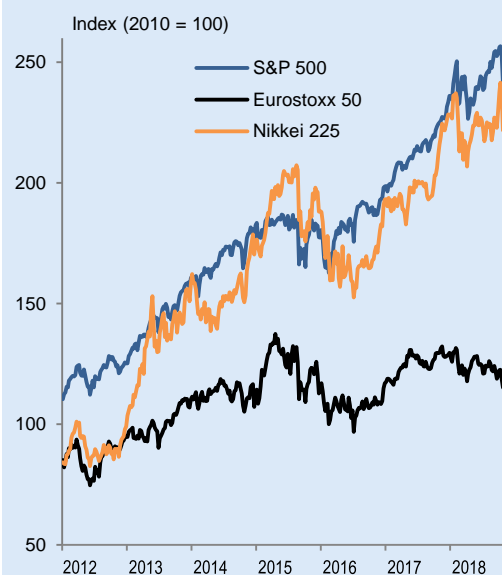
Das Ölangebot dürfte trotz zusätzlicher Kürzung der Förderquoten durch die OPEC reichlich bleiben. In den vergangenen Wochen ist der Preis für ein Fass der Sorte Brent auf rund 60 Dollar gesunken, nachdem er im Spätsommer stark angezogen und Anfang Oktober mit 85 Dollar pro Barrel der Sorte Brent das höchste Niveau seit vier Jahren erreicht hatte. Hintergrund des Preisanstiegs im Sommer waren Befürchtungen gewesen, dass die weltweiten Produktionskapazitäten kurzfristig nicht ausreichen könnten, um weitere Produktionsrückgänge in Venezuela und den Fortfall von Lieferungen aus dem Iran zu kompensieren, der für die Zeit nach Wirksamwerden der neuerlichen US-Sanktionen gegen den Iran drohte. Nachrichten über Produktionssteigerungen in wichtigen Produzentenländern, hohe Lagerbestände in den Vereinigten Staaten und nicht zuletzt der Beschluss der Vereinigten Staaten, den wichtigsten Kunden bis auf weiteres den Import von Rohöl aus dem Iran zu erlauben, führten dann aber zu einer Umkehr des

Preistrends. Der Preisverfall hat nun wiederum die OPEC und Russland veranlasst, ihre Förderung weiter zu reduzieren. Wir rechnen aber nicht damit, dass es dem Kartell gelingen wird, den Ölpreis nachhaltig auf ein wesentlich höheres Niveau als das derzeitige zu bringen; zu groß wären dann die Anreize für die Ausweitung der Produktion in anderen Förderländern, was längerfristig den Marktanteil des OPEC-Verbundes weiter erodieren lassen würde und daher letztlich auch nicht im Interesse Saudi-Arabiens wäre. Für den Prognosezeitraum unterstellen wir, dass der Ölpreis real konstant bleibt (Tabelle 1). Der Austritt Katars aus der OPEC verändert für sich genommen die Perspektiven am Ölmarkt kaum, da Katar zwar für den Weltmarkt für Flüssiggas (LNG) enorme Bedeutung hat, bei Rohöl aber nur eine kleine Rolle spielt.¹ Der Schritt verdeutlicht aber die Problematik, dass die Mitglieder der OPEC eine sehr heterogene Gruppe sind, nicht nur politisch, sondern auch was die Strategie der Preispolitik und die wirtschaftliche Notwendigkeit zur kurzfristigen Realisierung von Einnahmen anlangt. So könnte es sich für die OPEC als schwierig erweisen, die Produktion auf dem verabredeten Niveau zu halten, wenn die technischen Schwierigkeiten, die in einigen Ländern zu einem Rückgang der Förderung und sogar zu einer deutlichen Unterschreitung der Quoten geführt haben, an Bedeutung verlieren würden.

Die Geldpolitik in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften wird vor dem Hintergrund moderaten Preisauftriebs und zunehmender konjunktureller Unsicherheiten nur allmählich weiter gestrafft. Die US-Notenbank hat das Tempo ihrer geldpolitischen Straffung im Jahr 2018 erhöht, dürfte die Schrittfolge nun aber wieder verlängern. Sie hat ihr Zielband für die Federal Funds Rate in diesem Jahr bereits dreimal angehoben, zuletzt am 26. September auf nunmehr 2,0–2,25 Prozent, und in Anlehnung an die Markterwartungen gehen wir davon aus, dass im Dezember noch eine weitere An-

hebung um 25 Basispunkte erfolgt. Zuletzt ist es allerdings an den Aktienmärkten zu einem weltweiten Kursrutsch gekommen, der wohl auch Reflex einer zurückhaltenderen Einschätzung der Absatz- und Ertragsersparungen für die Unternehmen in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften ist (Abbildung 5). Vor diesem Hintergrund ist für das kommende Jahr nur noch ein Zinsschritt unterstellt; das damit erreichte Zinsniveau von 2,5-2,75 Prozent dürfte dann für den Rest des Prognosezeitraums Bestand haben (Tabelle 1). Starke restriktive Wirkungen auf die Wirtschaft dürften von dieser Geldpolitik nicht ausgehen. Bei der von uns erwarteten Inflationsentwicklung wäre der kurzfristige Realzins auch am Ende des Prognosezeitraums nur leicht positiv. Die EZB hat bislang lediglich das Volumen der monatlichen Anleihekäufe – auf zuletzt 15 Mrd. Euro pro Monat – reduziert; sie beabsichtigt die Käufe zum Jahresende zu beenden. Zinserhöhungen sind erst

Abbildung 5:
Aktienkurse in großen fortgeschrittenen Volkswirtschaften 2012–2018



Wochendaten.

Quelle: Thomson Reuters, Datastream.

¹ Die Fokussierung auf den Markt für Flüssiggas (LNG), mit dem die OPEC nicht befasst ist, ist die offizielle Begründung für den Austritt. Katar hat derzeit einen Anteil von mehr als einem Viertel am weltweiten LNG-Handel. Mit einer Förderung rund 600.000 Barrel beträgt der Anteil Katars an der OPEC-Produktion weniger als 2 Prozent.

Tabelle 1:
Rahmendaten für die Konjunkturprognose 2018–2020

	2018				2019				2020			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Leitzins												
Vereinigte Staaten	1,50	1,75	2,00	2,25	2,25	2,25	2,50	2,50	2,50	2,50	2,50	2,50
Japan	-0,1	-0,1	-0,1	-0,1	-0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,1	0,1
Euroraum	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,25	0,25	0,25	0,50	0,50
Wechselkurse												
US-Dollar/Euro	1,23	1,19	1,16	1,14	1,14	1,14	1,14	1,14	1,14	1,14	1,14	1,14
Yen/US-Dollar	108,3	109,2	111,5	113,0	113,0	113,0	113,0	113,0	113,0	113,0	113,0	113,0
Ölpreis (Brent) in US-Dollar	66,9	74,5	75,1	69,8	61,2	61,5	61,8	62,1	62,4	62,7	63,0	63,4
HWWI-Index für Industrierohstoffe	129,8	129,4	121,9	119,0	117,8	117,2	116,6	117,6	118,2	118,7	119,3	119,9

Leitzins: Vereinigte Staaten: Untergrenze des Zielbandes für die Fed Funds Rate; Japan: Tagesgeldzins; Euroraum: Hauptrefinanzierungssatz.

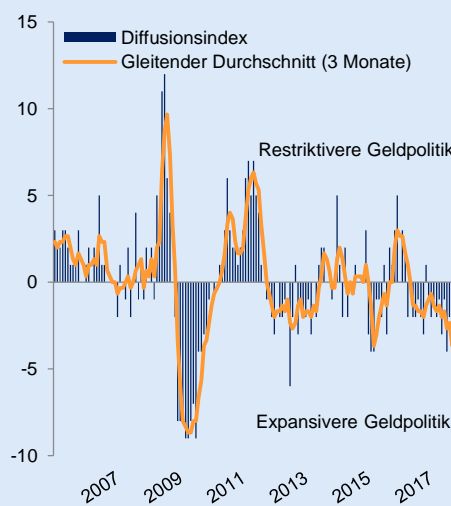
Quelle: HWWI, Rohstoffpreisindex; IMF, International Financial Statistics; Federal Reserve Bank, Intended Federal Funds Rate; EZB, Monatsbericht; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

für die zweite Hälfte des kommenden Jahres ins Auge gefasst. Wir erwarten, dass die Leitzinsen nur sehr langsam angehoben und auch am Ende des Prognosezeitraums mit 0,5 Prozent noch sehr niedrig sein werden. Die japanische Notenbank wird wohl allenfalls spät im Jahr 2020 beginnen, ihre Zinsen anzuheben. So dürfte sich das Zinsgefälle zwischen den Vereinigten Staaten und dem Euroraum bzw. Japan zumindest am kurzen Ende des Laufzeitenspektrums bis Ende 2019 weiter vergrößern.

Die Geldpolitik in den Schwellenländern wird als Reaktion auf nachlassende Kapitalzuflüsse tendenziell gestrafft. Noch im vergangenen Jahr flossen finanzielle Mittel in großem Umfang in die Schwellenländer, die im Vergleich zu den großen fortgeschrittenen Volkswirtschaften hohe Renditen versprachen. Inzwischen fällt es den Schwellenländern aber zunehmend schwer, internationales Kapital zu attrahieren; vielmehr wurde vor dem Hintergrund einer schneller als erwartet fortschreitenden geldpolitischen Normalisierung in den Vereinigten seit dem Frühjahr per Saldo Kapitalaus den Schwellenländern abgezogen. Sichtbarstes Zeichen dieser Entwicklung war, dass die Währungen der Schwellenländer verbreitet unter Abwertungsdruck gerieten. In der Folge hat sich die geldpolitische Grundtendenz in den Schwellenländern geändert: Waren die Zinsen in dieser Ländergruppe im Durchschnitt bis zur Jahresmitte noch gesenkt worden, überwiegen seither die Zinserhöhungen deutlich (Abbildung 6).

Allerdings war die geldpolitische Reaktion zu meist moderat, und das Niveau der Notenbankzinsen ist in der Regel nach wie vor im historischen Vergleich niedrig. Nur in Argentinien und der Türkei wurden die Zinsen drastisch erhöht.

Abbildung 6:
Geldpolitik in Schwellenländern 2005–2018



Monatsdaten. Der Diffusionsindex entspricht der Anzahl der Zentralbanken, die in einem gegebenen Monat die Zinsen erhöhten minus der Anzahl der Zentralbanken, die in einem gegebenen Monat die Zinsen senkten. Zu den Schwellenländern zählen: Argentinien, Brasilien, Chile, China, Indonesien, Indien, Kolumbien, Mexiko, Malaysia, Peru, Philippinen, Russland, Südafrika, Thailand, Türkei.

Quelle: Bank of International Settlements; eigene Berechnungen.

Die Finanzpolitik in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften gibt zunächst weiter Impulse. Im kommenden Jahr wird die Finanzpolitik in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften weiter stimulierend wirken. Zwar verringern sich die Impulse in den Vereinigten Staaten, die im Jahr 2018 aufgrund einer Steuerreform und höherer Ausgaben beträchtlich waren. Im Euroraum wird aber die Finanzpolitik stärker expansiv ausgerichtet sein, und im Vereinigten Königreich wird der Sparkurs gelockert. Für das Jahr 2020 gehen wir von einer weitgehend neutralen Finanzpolitik in Europa aus, während die fiskalischen Anregungen in den Vereinigten Staaten auslaufen, sodass für die fortgeschrittenen Volkswirtschaften insgesamt wohl nicht mehr mit finanzpolitischen Anregungen zu rechnen ist.

Ausblick

Die Weltproduktion nimmt im Prognosezeitraum langsamer zu. Der Anstieg der Weltproduktion, gerechnet auf Basis von Kaufkraftparitäten, wird in diesem Jahr wie im vergangenen Jahr 3,7 Prozent betragen. Im kommenden Jahr dürfte die Zuwachsrate auf 3,4 Prozent zurückgehen (Tabelle 2). Wir haben unsere

Prognose vom September damit für 2018 und 2019 nochmals leicht – um 0,1 Prozentpunkte – reduziert. Für 2020 erwarten wir unverändert einen Zuwachs um abermals 3,4 Prozent. Bei einer solchen Expansionsrate kann nicht von einer ausgeprägten Konjunkturschwäche gesprochen werden, denn verglichen mit den 2000er Jahren hat sich die Wachstumsrate des globalen Produktionspotenzials wohl spürbar verringert (IMF 2015). Allerdings wird die Kapazitätsauslastung in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften kaum noch zunehmen, und in vielen Schwellenländern wird die Produktion angesichts häufig ungünstiger wirtschaftspolitischer Rahmenbedingungen und eines schwierigen finanziellen Umfeldes nur in moderatem Tempo expandieren. Der Anstieg des Welthandels dürfte sich im Jahr 2018 deutlich auf 3,2 Prozent verringern und in den kommenden beiden Jahren mit 2,3 bzw. 2,8 Prozent noch etwas darunter liegen. Die geringe Dynamik ist wohl nur zum Teil auf die Änderung der zyklischen Faktoren zurückzuführen, die wesentlich für den kräftigen Zuwachs im Jahr 2017 verantwortlich waren (Gern et al. 2017). Vielmehr dürfte auch das verschlechterte handelspolitische Umfeld dämpfend wirken. Für die Prognose unterstellen wir, dass die handelspolitischen Konflikte nach und nach geklärt werden,

Tabelle 2:
Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise in der Welt 2018–2020

	Gewicht	Bruttoinlandsprodukt			Verbraucherpreise		
		2018	2019	2020	2018	2019	2020
Weltwirtschaft	100	3,7	3,4	3,4	3,5	3,7	3,5
Fortgeschrittene Länder	42,6	2,4	2,1	1,8	2,0	2,0	2,0
China	18,2	6,6	6,1	5,8	2,2	2,3	2,3
Lateinamerika	6,8	0,6	1,6	2,3	6,8	8,1	6,0
Indien	7,4	7,7	7,5	7,0	4,9	4,8	5,0
Ostasiatische Schwellenländer	4,9	5,1	4,7	4,6	2,8	3,3	3,4
Russland	3,2	1,6	1,7	1,6	3,0	5,0	4,1
<i>Nachrichtlich:</i>							
Welthandelsvolumen		3,2	2,3	2,8			
Weltwirtschaft (gewichtet gemäß Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2014 in US-Dollar)		3,2	2,9	2,8	3,0	3,1	3,0

Prozent. Gewicht: gemäß Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2017 nach Kaufkraftparität. Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise: Veränderungen gegenüber dem Vorjahr; Ostasiatische Schwellenländer: Thailand, Malaysia, Indonesien und Philippinen; Lateinamerika: Argentinien, Brasilien, Chile, Kolumbien, Mexiko, Peru. Fortgeschrittene Länder: Die Werte stimmen nicht notwendigerweise mit denen in Tabelle 8.4 überein, da der Länderkreis hier breiter gefasst ist und ein anderes Konzept bei der Gewichtung verwendet wird.

Quelle: IMF, *International Financial Statistics*; OECD, *Main Economic Indicators*; eigene Berechnungen; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

wodurch die hemmenden Wirkungen von dieser Seite mit der Zeit wieder geringer werden, so dass sich das Tempo der Welthandelsexpansion trotz einer gleichen Zunahme der Weltproduktion im Jahr 2020 wieder etwas erhöht.

In den fortgeschrittenen Volkswirtschaften lässt der Produktionsanstieg allmählich nach. Vor dem Hintergrund einer langsamen Straffung der expansiven Geldpolitik, nachlassender Anregungen vonseiten der Finanzpolitik und einer nur mäßig steigenden Nachfrage in den Entwicklungs- und Schwellenländern erwarten wir, dass der Produktionsanstieg in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften in den kommenden beiden Jahren an Fahrt verliert. Nach einem Zuwachs von 2,4 Prozent in diesem Jahr rechnen wir für 2019 mit einem Anstieg der Produktion in der Ländergruppe insgesamt um 2,1 Prozent. Im Jahr 2020 wird die Expansion sich wohl weiter verlangsamen. Mit einem Anstieg von 1,8 Prozent dürfte die Zuwachsrate wohl nicht mehr über die Wachstumsrate des Produktionspotenzials hinausgehen.

Die Inflation dürfte in den kommenden beiden Jahren nur langsam zunehmen. Für den Prognosezeitraum rechnen wir mit einer nur allmählichen Verstärkung des Preisauftriebs in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften. Zwar wirkt die anhaltend hohe Kapazitätsauslastung auf ein Anziehen der Kerninflation hin, es spricht aber einiges dafür, dass sich die lange Phase niedriger Inflation in den Inflationserwartungen niedergeschlagen hat und Veränderungen in der Struktur der Beschäftigung sowie in manchen Ländern wohl auch ein noch beträchtliches Maß an versteckter Unterbeschäftigung die Inflation dämpfen. Hinzu kommt, dass sich der positive Beitrag von den Energiepreisen bei der von uns angenommenen realen Konstanz des Ölpreises im Prognosezeitraum verringern wird.

Die konjunkturelle Dynamik in den Vereinigten Staaten hat in diesem Jahr ihren Höhepunkt überschritten. Die US-Wirtschaft befindet sich in einem Aufschwung, der mittlerweile knapp zehn Jahre andauert. Mit einem Zuwachs von 2,9 Prozent dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion in diesem Jahr recht kräftig zulegen. Eine beständige Zunahme der Beschäftigung und steigende Einkommen stüt-

zen den privaten Verbrauch im Prognosezeitraum; auch die rege Investitionstätigkeit der Unternehmen dauert angesichts steuerlicher Anreize und gut ausgelasteter Kapazitäten zunächst an. Da die Geldpolitik im weiteren Verlauf jedoch weniger expansiv wirkt und von der Finanzpolitik keine zusätzlichen Impulse mehr ausgehen, verringert sich die Expansionsdynamik im Prognosezeitraum allmählich. Mit einem Anstieg des Bruttoinlandsprodukts von 2,5 Prozent dürfte sich die Produktionslücke freilich weiter öffnen. Für das Jahr 2020 rechnen wir dann mit einem Zuwachs der gesamtwirtschaftlichen Produktion von 1,9 Prozent, was in etwa dem Potenzialwachstum entspricht. Der Preisauftrieb fällt in diesem Jahr vor allem energiepreisbedingt höher aus: die Verbraucherpreise steigen um 2,5 Prozent (2017: 2,1 Prozent). Bei unserer Ölpreisannahme dürfte die Teuerungsrate in den beiden kommenden Jahren mit 2,3 und 2,2 Prozent wieder etwas zurückgehen.

Das Expansionstempo im Euroraum lässt allmählich nach. Nach der sehr kräftigen Konjunktur zwischen Herbst 2016 und Ende 2017, die nicht zuletzt von außenwirtschaftlichen Impulsen begünstigt war, hat sich die Dynamik seit Jahresbeginn spürbar abgeschwächt. Zwar spricht einiges dafür, dass die Konjunktur noch eine Zeit lang aufwärts gerichtet bleibt: Die Finanzierungsbedingungen sind aufgrund der expansiven geldpolitischen Ausrichtung weiterhin sehr günstig, und die Finanzpolitik wird im Prognosezeitraum wohl leicht expansiv wirken. Zudem werden voraussichtlich auch wieder Anregungen vom Außenhandel ausgehen. Nach der ausgesprochen schwachen Entwicklung der Exporte im Verlauf dieses Jahres erwarten wir, dass die Ausfuhr allmählich wieder Anschluss an die Expansion des Welthandels findet. Gleichzeitig stoßen aber einige der Länder im Euroraum zunehmend an ihre Kapazitätsgrenzen, darunter nicht zuletzt Deutschland.² In anderen Ländern, insbesondere in Italien und Frankreich, wird die wirtschaftliche Dynamik durch Strukturprobleme gebremst. Maßnahmen zu deren Auflösung werden entweder nur zögerlich ergriffen, oder sie bergen das Risiko, dass sie kurzfristig die Konjunktur dämpfen. So erwarten wir für den

² Für eine ausführliche Analyse und Prognose der deutschen Konjunktur vgl. Ademmer et al. (2018).

Prognosezeitraum, dass die Wirtschaftsleistung im Euroraum in den kommenden beiden Jahren mit 1,7 Prozent bzw. 1,5 Prozent etwas langsamer zunimmt als im Jahr 2018 (1,9 Prozent) und der Produktionsanstieg im Prognosezeitraum nicht mehr wesentlich über der Wachstumsrate des Produktionspotenzials liegt. Auch der Rückgang der Arbeitslosigkeit wird sich angesichts der geringeren Konjunktdynamik und zunehmender Arbeitskräfteknappheit in einigen Ländern verlangsamen. Für den Euroraum rechnen wir mit einem Rückgang der Erwerbslosenquote von 8,2 Prozent im Durchschnitt des laufenden Jahres auf 7,4 Prozent im Jahr 2020. Der Verbraucherpreisanstieg wird aufgrund der zwischenzeitlich sehr hohen Energiepreise im laufenden Jahr voraussichtlich 1,8 Prozent betragen. Trotz allmählich anziehender Kerninflation wird die Teuerungsrate in den kommenden beiden Jahren allerdings mit jeweils 1,5 Prozent wohl weiter leicht unter dem Ziel der EZB liegen.

Die Unsicherheit über die Ausgestaltung des Brexit bleibt vorerst bestehen und bremst den Produktionsanstieg im Vereinigten Königreich. Die erwarteten negativen Auswirkungen der Entscheidung für einen Austritt aus der EU sind inzwischen 2017 sichtbar geworden; der bislang entstandene gesamtwirtschaftliche Produktionsverlust dürfte sich auf rund 2 Prozent belaufen.³ Zwar sind britische Regierung und EU bemüht, einen Weg zu finden, wie der Übergang zu einem neuen politischen und wirtschaftlichen Rahmen sanft gestaltet werden kann; dem ausgehandelten Ausstiegsvertrag hat aber das britische Unterhaus bisher nicht zugestimmt, sodass derzeit weiter offen ist, wie die zukünftigen wirtschaftlichen Beziehungen aussehen werden. Unsicherheiten werden selbst dann groß bleiben, wenn es noch gelingt, einen Vertrag zur gütlichen Trennung zu schließen. Denn dieser bedeutet im Wesentlichen, dass sich kurzfristig wenig ändert, die genaue Ausgestaltung der zukünftigen Rege-

lungen aber noch ausgehandelt werden muss. Wir erwarten, dass die damit verbundene Unsicherheit die Investitionsneigung dämpft und Druck auf den Wechselkurs des Pfund Sterling ausübt, sodass die Inflation auch in den kommenden beiden Jahren über dem Ziel der Regierung liegen wird, was die Realeinkommensentwicklung dämpfen und die Konsumdynamik reduzieren wird. Vor diesem Hintergrund rechnen wir für die nächsten beiden Jahre mit einem anhaltend mäßigen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts um 1,0 Prozent bzw. 1,1 Prozent, nach 1,3 Prozent im laufenden Jahr.

Die Produktion in China dürfte im Prognosezeitraum langsamer steigen als in vergangenen Jahren. Im Jahr 2018 dürfte sich der Anstieg des Bruttoinlandsprodukts auf 6,6 Prozent verringert haben, nach 6,9 Prozent im Jahr 2017. Die Abflachung der Expansionsdynamik steht im Einklang mit einem sinkenden Trendwachstum und dem Ziel der Behörden, den einen sozial und ökologisch nachhaltigeren wirtschaftlichen Entwicklungspfad einzuschlagen. Zudem scheint sich die Führung des Landes den Risiken, die aus der in den vergangenen Jahren stark gestiegenen Verschuldung resultieren, durchaus bewusst zu sein. So lag ein Fokus der Wirtschaftspolitik in den vergangenen Jahren darauf, die Kreditvergabe zu drosseln und Überhitzungserscheinungen in großstädtischen Immobilienmärkten einzudämmen. Die jüngst beschlossenen Steuersenkungen und öffentlichen Ausgabenprogramme signalisieren zwar keine grundsätzliche wirtschaftspolitische Kehrtwende, denn sie sind wohl in erster Linie dazu gedacht, die Auswirkungen US-amerikanischer Strafzölle zu mildern, welche die chinesische Wirtschaft insbesondere dann empfindlich treffen könnten, wenn es doch noch zu einer Verschärfung des Handelskonflikts kommt.⁴ Die zuletzt wieder expansivere Wirtschaftspolitik macht jedoch deutlich, dass sich die Regierung einer unerwünscht starken konjunkturellen Verlangsamung entgegen stemmen wird. Wir erwarten, dass sich die Zuwachsraten der gesamtwirtschaftlichen Produktion in den kommenden beiden Jahren auf 6,1 bzw. 5,8 Prozent verringern wird. Sollten sich die Behörden gezwun-

³ Diese Größenordnung ergibt sich aus Modellsimulationen und dem Vergleich mit der Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts eines statistischen „Doppelgängers“ (Born et al. 2018), der bis zur Abstimmung über den Brexit im Juni 2016 einen hohen Gleichlauf mit dem Bruttoinlandsprodukt des Vereinigten Königreichs aufwies (Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose 2018: 30–32).

⁴ Vgl. für eine Modellsimulation verschiedener Szenarien Hauber (2018: [IfW-Box 2018-11](#)).

gen sehen, einen noch expansiveren Kurs der Wirtschaftspolitik einzuschlagen, würde sich aber das Risiko erhöhen, dass es früher oder später zu einer Finanzkrise und einem damit verbundenen Konjunkturreinbruch („harte Landung“) kommt. Eine solche Entwicklung hätte auch bedeutende Auswirkungen auf den Rest der Welt (Gern et al. 2015: [IfW-Box 2015-12](#)).

In den übrigen Schwellenländern setzt sich die Expansion mit etwas niedrigeren Raten fort. Die Konjunktur in den Schwellenländern wird vorerst wohl weiter durch eine schwache Dynamik des Welthandels belastet; die Perspektiven für die Ausfuhr sind angesichts einer sich abflachenden Expansion in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften gedämpft. So erwarten wir für die asiatischen Schwellenländer etwas niedrigere Expansionsraten als zuletzt. Hinzu kommen eine geringere Risikobereitschaft internationaler Anleger und damit verbunden verringerte Kapitalzuflüsse. Besonders deutlich zeigt sich dies in Lateinamerika, wo sich der Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktion im laufenden Jahr stark verlangsamt hat. 2019 dürfte die Expansionsdynamik zwar wieder zulegen. Nach einem von großer politischer Unsicherheit gekennzeichneten Wahljahr in Brasilien und Mexiko wird das Bruttoinlandsprodukt der beiden größten lateinamerikanischen Volkswirtschaften nächstes Jahr wohl stärker anziehen als zuletzt. Gleichzeitig ist aus Argentinien und Venezuela nach einer scharfen Korrektur in diesem Jahr mit einem weniger negativen Beitrag zu rechnen. Insgesamt wird die gesamtwirtschaftliche Produktion in Lateinamerika in den Jahren 2019 und 2020 mit Zuwachsraten von 1,6 bzw. 2,3 Prozent aber weiter nur wenig Dynamik entfalten.

Risiken

Derzeit ist die konjunkturelle Grunddynamik der Weltwirtschaft nur mäßig. Zusätzliche Belastungen des Umfeldes können in dieser Situation die Einkommenserwartungen von Konsumenten und Investoren leicht so weit verschlechtern, dass die Ausgabebereitschaft sinkt und die Produktion spürbar hinter den Erwartungen zurück bleibt. Störfaktoren können in wirtschaftspolitischen Entwicklungen liegen. So droht nach wie vor eine Verschärfung der Handelskonflikte, insbesondere eine Ausweitung auf den Handel zwischen den Vereinigten Staaten und der Europäischen Union, die Weltkonjunktur spürbar zu dämpfen. Weitere wichtige politische Risiken finden sich in Europa: Die Frage, ob es zu einem sanften Übergang in den Beziehungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich kommt und wie die Regelungen für die Zukunft aussehen werden, ist nach wie vor offen; in Italien könnte der Druck der Finanzmärkte weiter zunehmen, wenn sich die neue Regierung unkooperativ gegenüber den europäischen Partnern zeigt, sodass Zweifel am Zusammenhalt der Währungsunion zurückkehren; in Frankreich haben sich die Unsicherheiten über die weitere Umsetzung der Reformagenda des Präsidenten erhöht, was die wirtschaftliche Stimmung beeinträchtigen und die Produktion dämpfen könnte. Belastungen für die Konjunktur könnten sich darüber hinaus ergeben, wenn es an den Aktienmärkten zu weiteren Kurskorrekturen kommt oder sich die Immobilienpreise, die in einer Reihe von Ländern zuletzt stark gestiegen sind, wieder spürbar verringern.

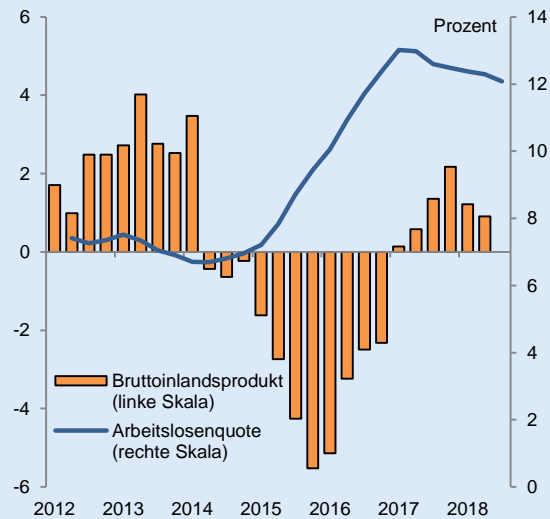
Kasten 1:

Zu den wirtschaftlichen Herausforderungen für die neue Regierung Brasiliens

Mit der Wahl Jair Bolsonaro zum Präsidenten Brasiliens Ende Oktober stellt sich die Frage nach der wirtschaftlichen Ausgangssituation und den Herausforderungen für die neue Regierung, die im Januar 2019 antreten wird. Die brasilianische Wirtschaft hat zwar die lange und tiefe Rezession der Jahre 2014 bis 2016 hinter sich gelassen, erholt sich bislang aber nur schleppend. Nachdem das Bruttoinlandsprodukt im ersten Halbjahr kaum mehr als stagniert hatte, expandierte die Produktion im dritten Vierteljahr 2018 mit 0,8 Prozent zwar recht deutlich. Diese Rate dürfte die zugrundeliegende Dynamik aber überzeichnen, da es sich zum Teil um eine Normalisierung der Produktion handelt, die im Mai durch einen 11-tägigen Streik der Fernfahrer gehemmt worden war. Die Arbeitslosigkeit ist bisher nur wenig zurückgegangen, sie lag zuletzt immer noch bei 12 Prozent (Abbildung K1-1). Die zuvor hartnäckig hohe Inflation ist im Zuge der Rezession deutlich gesunken, was es der Notenbank erlaubte, ihren Leitzins bis zum Frühjahr dieses Jahres auf das historisch niedrige Niveau von 6,5 Prozent zu senken. In den vergangenen Monaten zog die Inflation allerdings wieder etwas an und lag im Oktober mit 4,6 Prozent im Vorjahresvergleich knapp über dem aktuellen Inflationsziel der brasilianischen Zentralbank von 4,5 Prozent – ein Wert, der angesichts der deutlichen Abwertung der brasilianischen Währung und der Preiswirkungen des Streiks im Transportsektor aber noch moderat ist und die Notenbank bislang nicht zu einer Straffung der Geldpolitik veranlasst hat.

Die Sanierung des Staatshaushalts ist eine der drängendsten Herausforderungen für die neue Regierung. Im Zuge der Wirtschaftskrise stieg die Staatsverschuldung Brasiliens seit 2014 stark an (Abbildung K1-2). 2017 wies das Land ein Budgetdefizit von 7,8 Prozent im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung auf. Im laufenden Jahr wird der Haushaltssaldo wohl noch negativer ausfallen, und die Staatsschuldenquote wird Prognosen des IWF zufolge auf 88 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt steigen. Zwar ist die Verschuldung größtenteils in heimischer Währung denominated; die Fremdwährungsverbindlichkeiten betragen nach Zahlen der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich lediglich knapp 10 Prozent der nominalen Wirtschaftsleistung, sodass die in diesem Jahr verzeichnete Abwertung den Schuldendienst nur in begrenztem Umfang erschwert. Eine weiter steigende Staatsverschuldung droht gleichwohl zu Vertrauensverlusten bei Investoren, einer Abwertung des Reals und in der Folge zu höherer Inflation zu führen. Um die Schuldenquote bei unveränderter Politik zu stabilisieren, wäre eine jährliche Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Produktion von 5 Prozent erforderlich (Weltbank 2018), ein Wachstumstempo, das derzeit nicht realistisch erscheint. Eine Konsolidierung des Haushalts wird derzeit allerdings dadurch erschwert, dass über 90 Prozent des Bundesetats durch Zweckbindung von Steuereinnahmen, verfassungsrechtlich festgelegte Mindestausgaben für Gesundheit und Bildung sowie Sozialversicherungsansprüche fixiert sind. Reformen, die

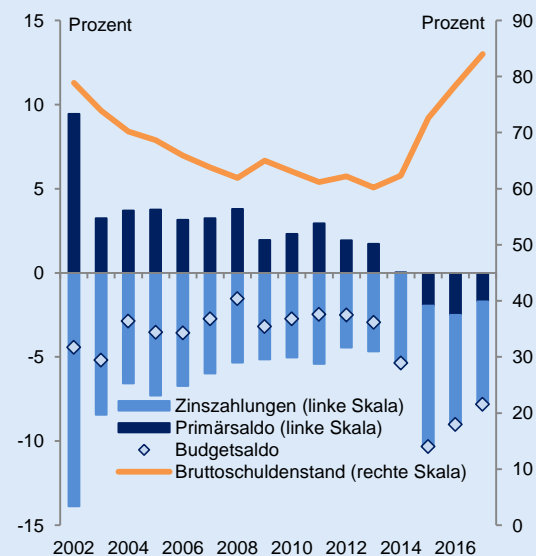
Abbildung K1-1:
Bruttoinlandsprodukt und Arbeitslosenquote 2012–2018



Bruttoinlandsprodukt: Quartalsdaten, preisbereinigt. Veränderung gegenüber dem Vorjahr. Arbeitslosenquote in Prozent.

Quelle: Instituto Brasileiro de Geografia e Estatística.

Abbildung K1-2:
Staatsverschuldung



In Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

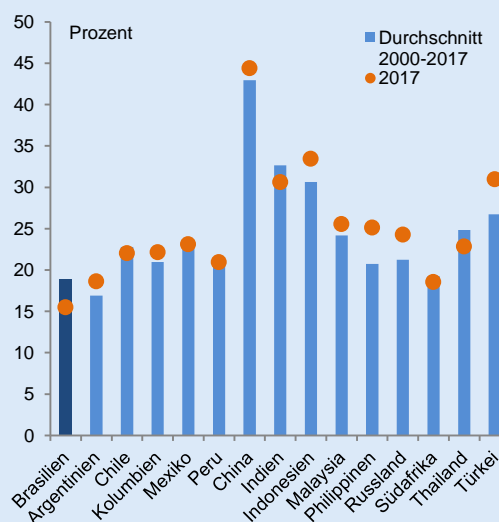
Quelle: IWF, World Economic Outlook.

diese Rigiditäten beseitigen, erscheinen daher notwendig, um den Staatshaushalt zu sanieren. Eine zentrale Rolle kommt dabei der Reform des Rentensystems zu, das aufgrund seiner Großzügigkeit in Kombination mit einer schnell alternden Bevölkerung und einem niedrigen Renteneintrittsalter nicht nachhaltig ist. Schätzungen der Weltbank zufolge gab Brasilien 2016 mit 12 Prozent des Bruttoinlandsprodukts einen ähnlich hohen Anteil für Rentenzahlungen aus wie Deutschland und andere entwickelte Volkswirtschaften, während andere südamerikanische Schwellenländer wie Chile oder Mexiko mit lediglich 2 bis 4 Prozent deutlich darunter liegen. Ein Vorschlag für eine Rentenreform konnte 2017 die notwendige qualifizierte Mehrheit nicht erreichen.

Ein weiteres Problem, das die wirtschaftliche Erholung dämpft, ist die mangelnde Attraktivität des Geschäftsumfelds. Im Vergleich zu anderen Schwellenländern ist die Investitionsquote niedrig (siehe Abbildung K1-3), was wohl mit den hohen regulatorischen und steuerlichen Belastungen zusammenhängt, die als „custo Brasil“ bezeichnet werden. Die in den vergangenen Jahren mit dem Ziel eingeleiteten Maßnahmen, das Investitionsumfeld attraktiver zu gestalten (u.a. durch die Erleichterung von Unternehmensgründungen und des Zugangs zu Krediten sowie die Verbesserung der Energieversorgung), haben sich bislang noch nicht in einer nennenswerten Verbesserung Brasiliens in der „Ease of Doing Business“-Rangliste niedergeschlagen; das Land liegt weiterhin nur auf Platz 109 von 190 Ländern und damit deutlich hinter vielen anderen lateinamerikanischen Staaten wie Mexiko, Chile, Peru und Kolumbien (alle zwischen Rang 54 und 65). Gleichzeitig weist auch die physische Infrastruktur große Mängel auf: das World Economic Forum führt Brasilien in der Rangliste zur Infrastrukturqualität auf Rang 108 von 137 Ländern weltweit. Die staatlichen Infrastrukturinvestitionen sind mit 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts vergleichsweise niedrig; China und Indien investieren zwischen 5,5 und 7 Prozent. Der scheidende Präsident Temer hat zwar ein neues Infrastrukturprogramm initiiert; die Finanzierung ist jedoch aufgrund der Haushaltslage schwierig und erfordert das Engagement privater Investoren.

Mit der Wahl Bolsonaros – ein Rechtspopulist, der sich selbst als „Trump Brasiliens“ bezeichnet – ist die Hoffnung auf die Fortsetzung der von seinem Vorgänger angestoßenen Reformen und einen noch stärker wirtschaftsfreundlichen Kurs verbunden. Die Stimmungsindikatoren verbesserten sich unmittelbar nach der Wahl deutlich: der Konsumklimaindex stieg im November auf den höchsten Wert seit Juli 2014, der Geschäftsklimaindex kletterte insbesondere dank eines Sprungs in der Erwartungskomponente gar auf den höchsten Wert seit 2010. Ob Bolsonaro die kurzfristig positiven Erwartungen erfüllen kann, hängt maßgeblich von seiner Regierungsführung und Reformfähigkeit ab. Bislang kündigte er eine Rentenreform, die Privatisierung staatlicher Unternehmen, den Abbau von Bürokratie, Handelsliberalisierungen durch bilaterale Abkommen sowie die Stärkung der Unabhängigkeit der Zentralbank an. Außerdem soll die Korruption im Land weiter bekämpft werden. Allerdings ist der brasilianische Kongress zersplittert (30 Parteien sind im Bundessenat vertreten und 21 in der Abgeordnetenversammlung) und die gesellschaftliche Spaltung im Land ist groß. Daher ist es fraglich, ob der umstrittene neue Präsident die notwendigen Mehrheiten für tiefgreifende marktwirtschaftliche Reformen erreichen kann. Gleichzeitig ist sein politischer Kurs vielfach noch unklar, wie seine Kabinettsentscheidungen verdeutlichen: Während Wirtschaftsminister Paulo Guedes für den Abbau von Handelshemmnissen eintritt, ernannte Bolsonaro kürzlich mit Ernest Araújo einen Politiker zum Außenminister, der Bolsonaros globalisierungskritische Ansichten zu teilen scheint. Alles in allem ist unsicher, ob der neue Präsident letztlich wesentliche wachstumsfördernde strukturelle Reformen durchzusetzen kann, die geeignet sind, die wirtschaftliche Dynamik nachhaltig zu erhöhen. Für den Prognosezeitraum rechnen wir mit einer nur allmählichen Verstärkung des Produktionsanstiegs.

Abbildung K1-3:
Investitionen ausgewählter Schwellenländer im Vergleich 2000–2017



In Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

Quelle: IWF, World Economic Outlook; eigene Berechnungen.

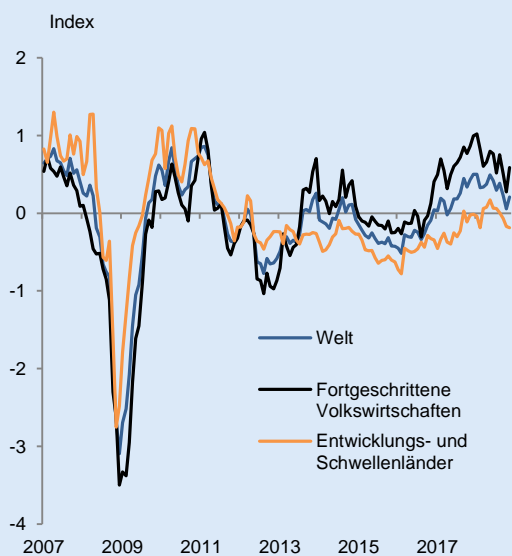
Datenanhang

INHALT

1. Weltkonjunktur.....	15
2. Vereinigte Staaten	16
3. Japan.....	17
4. Euroraum.....	18
5. Vereinigtes Königreich.....	19
6. China.....	20
7. Übrige Schwellenländer.....	21
8. Übersichtstabellen.....	22

1. Weltkonjunktur

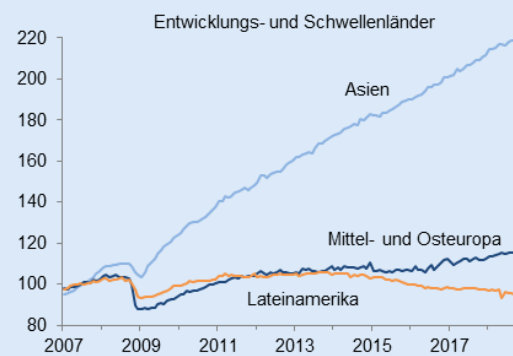
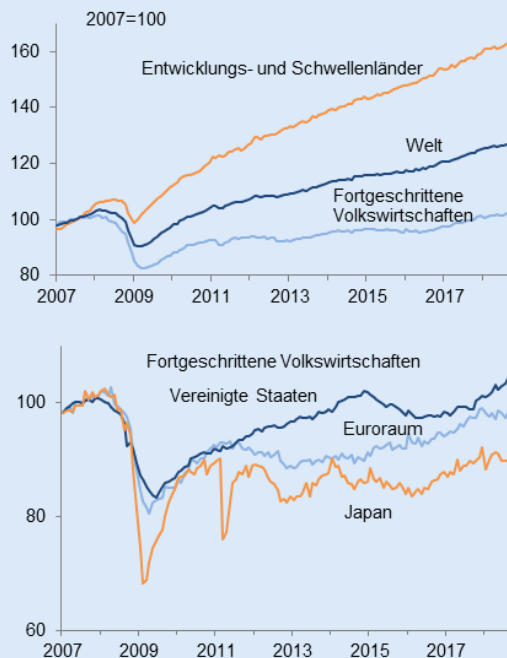
Abbildung 1.1:
Wirtschaftsklima nach Ländergruppen 2007–2018



Monatsdaten, saisonbereinigt; teilweise geschätzt; auf der Basis der im IFW-Indikator enthaltenen Stimmungskennzahlen für 42 Länder (34 fortgeschrittene Volkswirtschaften und 8 Schwellenländer).

Quelle: OECD, *Main Economic Indicators*; nationale Quellen; eigene Berechnungen.

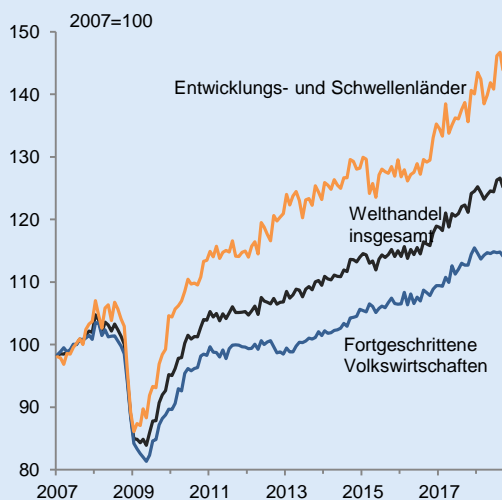
Abbildung 1.2:
Weltweite Industrieproduktion nach Ländergruppen und Regionen 2007–2018



Monatsdaten; preis- und saisonbereinigt.

Quelle: CPB, *World Trade Monitor*; eigene Berechnungen.

Abbildung 1.3:
Welthandel 2007–2018

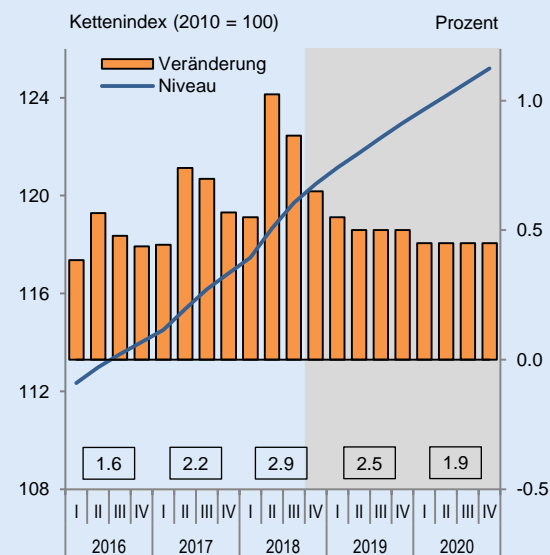


Monatsdaten; preis- und saisonbereinigt.

Quelle: CPB, *World Trade Monitor*; eigene Berechnungen.

2. Vereinigte Staaten

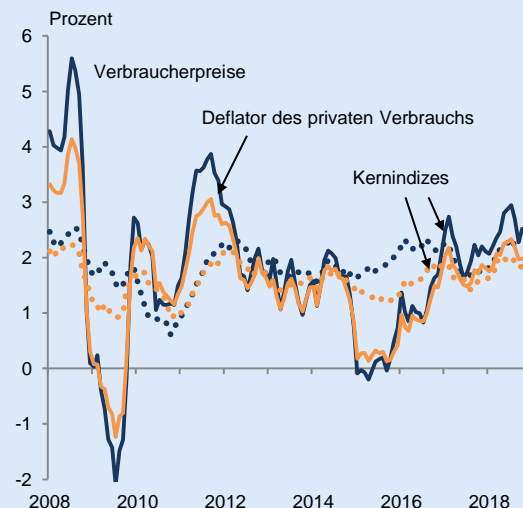
Abbildung 2.1:
Bruttoinlandsprodukt 2016–2020



Quartalsdaten, preis-, kalender- und saisonbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Gerahmt: Jahresdaten, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent.

Quelle: Bureau of Economic Analysis; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

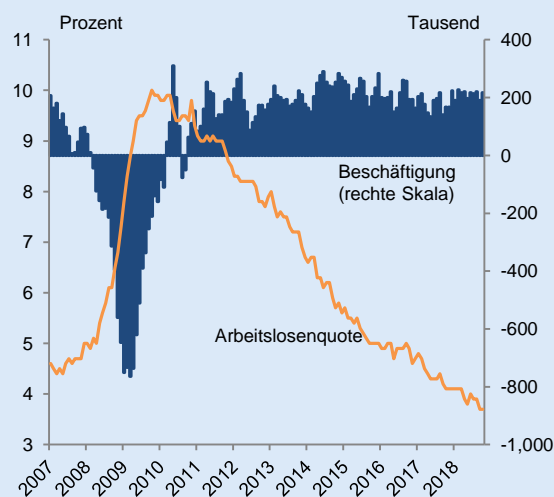
Abbildung 2.3:
Verbraucherpreisanstieg 2008–2018



Monatswerte. Veränderung gegenüber dem Vorjahr. Kernindex: ohne Energie und Nahrungsmittel.

Quelle: US Department of Labor, Consumer Price Index.

Abbildung 2.2:
Arbeitsmarkt 2007–2018



Monatsdaten; saisonbereinigt. Beschäftigung: 3-Monatsdurchschnitt des Beschäftigungsaufbaus.

Quelle: US Department of Labor, Employment Situation.

Tabelle 2.1:
Eckdaten zur Konjunktur in den Vereinigten Staaten 2018–2020

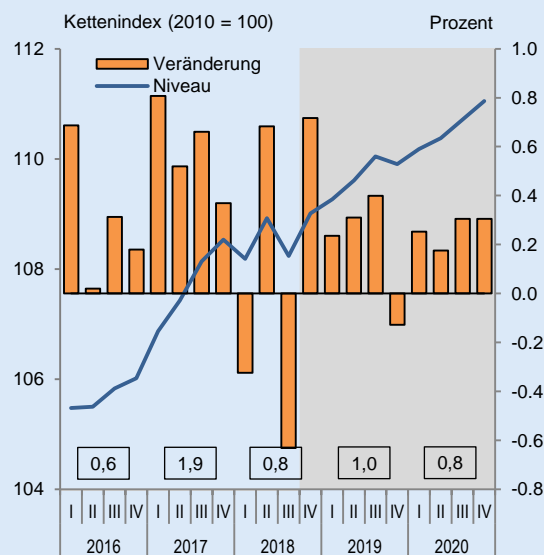
	2018	2019	2020
Bruttoinlandsprodukt	2,9	2,5	1,9
Inländische Verwendung	3,1	2,9	2,0
Private Konsumausgaben	2,7	2,8	2,0
Konsumausgaben des Staates	1,6	1,4	0,8
Anlageinvestitionen	5,4	3,3	3,0
Ausrüstungen	7,3	4,0	3,1
Geistige Eigentumsrechte	6,9	4,0	3,2
Gewerbliche Bauten	6,1	4,1	2,8
Wohnungsbau	0,1	0,9	2,7
Vorratsveränderungen	0,1	0,1	0,0
Außenbeitrag	-0,1	-0,3	-0,1
Exporte	4,1	2,3	2,8
Importe	4,7	4,2	3,0
Verbraucherpreise	2,5	2,3	2,2
Arbeitslosenquote	3,9	3,7	3,5
Leistungsbilanzsaldo	-2,8	-3,2	-3,2
Budgetsaldo (Bund)	-4,2	-4,6	-4,0

Bruttoinlandsprodukt: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent. Außenbeitrag, Vorratsveränderungen: Lundberg-Komponente. Arbeitslosenquote: in Prozent der Erwerbspersonen. Leistungsbilanzsaldo, Budgetsaldo: in Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts. Budgetsaldo: Fiskaljahr.

Quelle: US Department of Commerce, National Economic Accounts; US Department of Labor, Employment Situation and Consumer Price Index; US Department of the Treasury, Monthly Treasury Statement; eigene Berechnungen; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

3. Japan

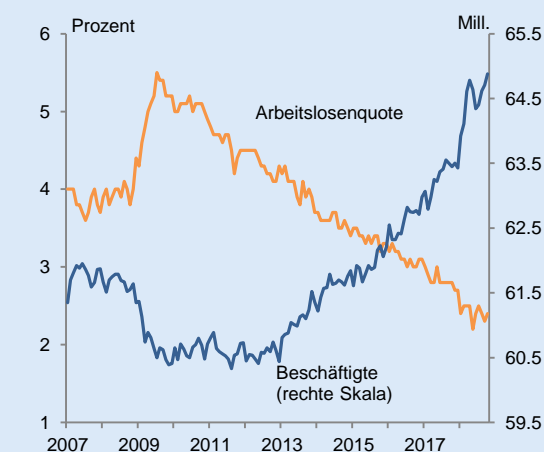
Abbildung 3.1:
Bruttoinlandsprodukt 2016–2020



Quartalsdaten, preis-, kalender- und saisonbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Gerahmt: Jahresdaten, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent.

Quelle: Cabinet Office, *National Accounts*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

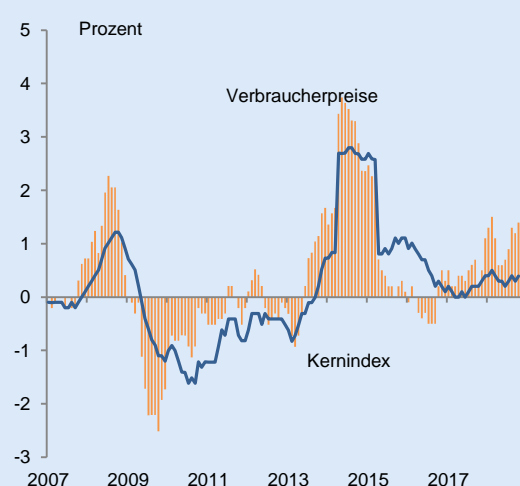
Abbildung 3.2:
Arbeitsmarkt 2007–2018



Monatsdaten; saisonbereinigt.

Quelle: Department of Labor.

Abbildung 3.3:
Verbraucherpreisanstieg 2007–2018



Monatswerte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr. Kernindex: Verbraucherpreise ohne Energie und Nahrungsmittel.

Quelle: Statistics Bureau of Japan.

Tabelle 3.1:
Eckdaten zur Konjunktur in Japan 2017–2020

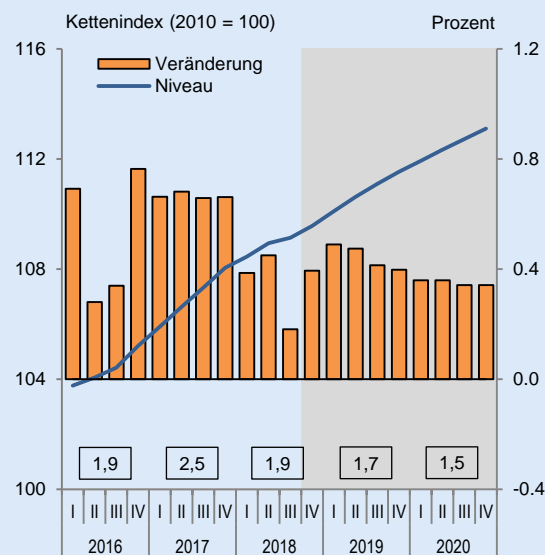
	2017	2018	2019	2020
Bruttoinlandsprodukt	1,9	0,8	1,0	0,8
Inländische Verwendung	1,4	0,7	1,2	0,8
Private Konsumausgaben	1,1	0,5	1,2	0,6
Konsumausgaben des Staates	0,3	0,6	0,8	0,8
Anlageinvestitionen	3,0	1,0	1,3	1,3
Unternehmensinvestitionen	3,9	3,5	1,7	1,5
Wohnungsbau	2,2	-5,9	1,3	1,3
Öffentliche Investitionen	0,8	-2,6	-0,4	0,8
Lagerinvestitionen	0,0	0,1	0,0	0,0
Außenbeitrag	0,4	0,0	-0,1	0,0
Exporte	6,8	3,1	1,8	2,1
Importe	3,4	2,9	2,5	2,2
Verbraucherpreise	0,5	1,0	1,2	1,9
Arbeitslosenquote	2,8	2,4	2,2	2,1
Leistungsbilanzsaldo	4,0	3,4	2,8	2,7
Gesamtstaatlicher Finanzierungssaldo	-3,7	-3,2	-2,9	-2,7

Prozent. Bruttoinlandsprodukt: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr. Außenbeitrag, Vorratsveränderungen: Lundberg-Komponente. Arbeitslosenquote: Anteil an den Erwerbspersonen. Finanzierungssaldo: in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt.

Quelle: Cabinet Office, *National Accounts*; OECD, *Main Economic Indicators*; eigene Berechnungen; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

4. Euroraum

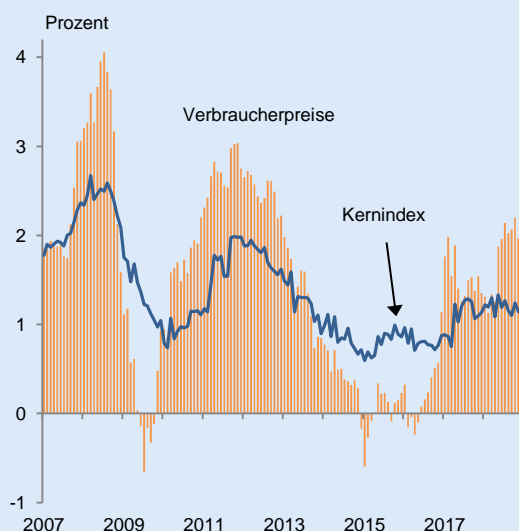
Abbildung 4.1:
Bruttoinlandsprodukt 2016–2020



Quartalsdaten, preis-, kalender- und saisonbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Gerahmt: Jahresdaten, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent.

Quelle: Eurostat, *Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

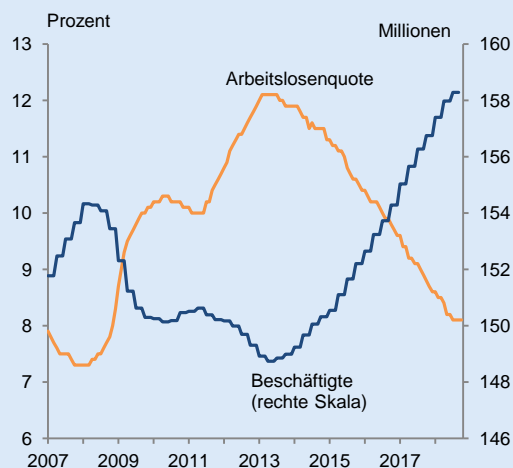
Abbildung 4.3:
Verbraucherpreisanstieg 2007–2018



Monatswerte. Veränderung gegenüber dem Vorjahr. Kernrate: Verbraucherpreise ohne Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel.

Quelle: Eurostat, *Preisstatistik*.

Abbildung 4.2:
Arbeitsmarkt 2007–2018



Monatsdaten; saisonbereinigt.

Quelle: Eurostat, *Arbeitsmarktstatistik*; EZB, *Monatsbericht*.

Tabelle 4.1:
Eckdaten zur Konjunktur im Euroraum 2017–2020

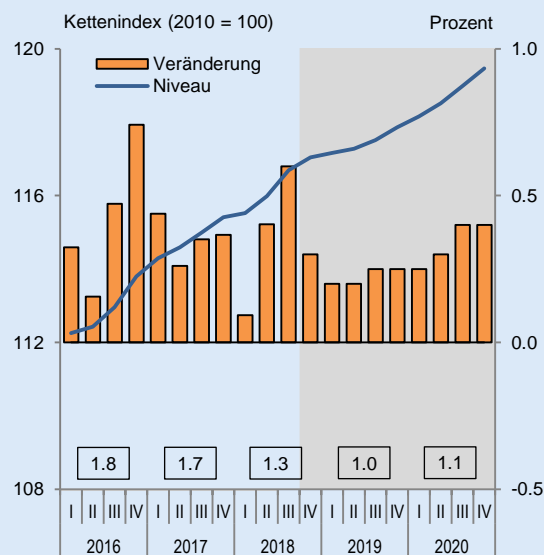
	2017	2018	2019	2020
Bruttoinlandsprodukt	2,5	1,9	1,7	1,5
Inländische Verwendung	1,8	1,7	1,8	1,6
Private Konsumausgaben	1,7	1,3	1,5	1,6
Konsumausgaben des Staates	1,2	1,0	1,6	1,5
Anlageinvestitionen	2,9	3,0	3,0	1,9
Vorratsveränderungen	-0,1	0,1	-0,0	-0,0
Außenbeitrag	0,8	0,2	-0,1	-0,0
Exporte	5,4	2,8	3,3	3,5
Importe	4,0	2,5	3,8	3,9
Verbraucherpreise	1,5	1,8	1,5	1,5
Arbeitslosenquote	9,1	8,2	7,7	7,4
Leistungsbilanzsaldo	3,2	2,8	2,3	2,1
Budgetsaldo	-1,0	-0,7	-0,9	-0,8

Prozent. Bruttoinlandsprodukt: preisbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorjahr. Außenbeitrag, Vorratsveränderungen: Lundberg-Komponente. Verbraucherpreise: harmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI). Arbeitslosenquote: Anteil an den Erwerbspersonen. Budgetsaldo: In Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt.

Quelle: Eurostat, *Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen*; eigene Berechnungen; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

5. Vereinigtes Königreich

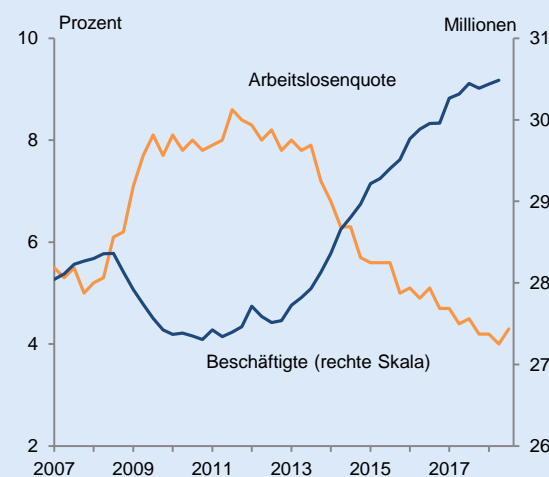
Abbildung 5.1:
Bruttoinlandsprodukt 2016–2020



Quartalsdaten, preis-, kalender- und saisonbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Gerahmt: Jahresdaten, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent.

Quelle: Eurostat, *Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

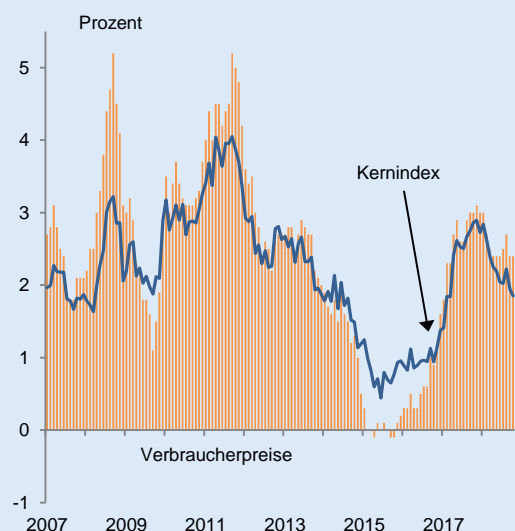
Abbildung 5.2:
Arbeitsmarkt 2007–2018



Quartalsdaten; saisonbereinigt.

Quelle: Office for National Statistics, *Economy*.

Abbildung 5.3:
Verbraucherpreisanstieg 2007–2018



Monatswerte. Veränderung gegenüber dem Vorjahr. Kernrate: Verbraucherpreise ohne Energie und Nahrungsmittel.

Quelle: Office for National Statistics, *Economy*.

Tabelle 5.1:
Eckdaten zur Konjunktur im Vereinigten Königreich
2017–2020

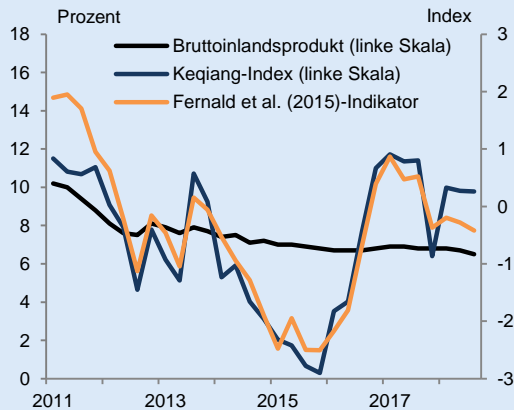
	2017	2018	2019	2020
Bruttoinlandsprodukt	1,7	1,3	1,0	1,1
Inländische Verwendung	1,3	1,0	0,8	0,9
Private Konsumausgaben	1,8	1,2	1,0	0,7
Konsumausgaben des Staates	-0,1	1,4	1,5	1,5
Anlageinvestitionen	3,3	0,6	-0,5	0,5
Vorratsveränderungen	-0,5	-0,1	0,1	0,0
Außenbeitrag	0,7	0,3	0,2	0,1
Exporte	5,7	1,0	0,8	1,5
Importe	3,2	0,3	0,4	1,1
Verbraucherpreise	2,6	2,4	2,2	2,0
Arbeitslosenquote	4,4	4,1	4,3	4,5
Leistungsbilanzsaldo	-3,7	-3,2	-3,0	-3,0
Budgetsaldo	-1,9	-1,2	-1,6	-1,8

Prozent. Bruttoinlandsprodukt: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr. Vorratsveränderungen, Außenbeitrag: Lundberg-Komponente. Verbraucherpreise: harmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI); Veränderung gegenüber dem Vorjahr. Arbeitslosenquote: in Relation zu den Erwerbspersonen. Budgetsaldo: in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt.

Quelle: UK Office for National Statistics, *Economy*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

6. China

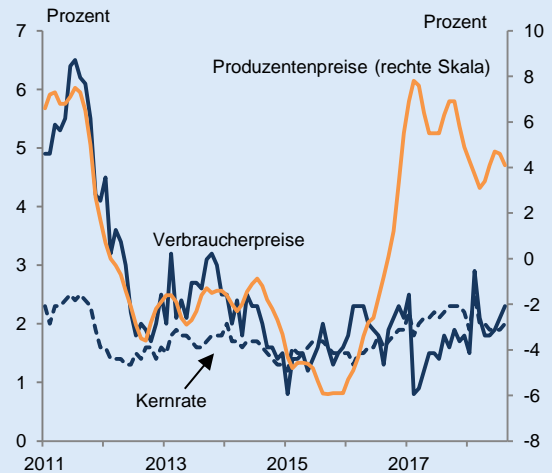
Abbildung 6.1:
Bruttoinlandsprodukt und alternative Aktivitätsmaße
2011–2018



Quartalsdaten. Bruttoinlandsprodukt: Veränderung gegenüber dem Vorjahr. Keqiang-Index: arithmetisches Mittel des Kreditwachstums, der Frachtkargoraten sowie des Stromverbrauchs. Fernald et al. (2015)-Indikator: erste Hauptkomponente der Vorjahresraten der Stromerzeugung, Einzelhandelsumsätze, Schienenfrachtverkehrs und Rohmaterialpreise (zur Auswahl der Variablen, vergleiche Fernald et al. (2015). *Is China Fudging its Figures? Evidence from Trading Partner Data*. Federal Reserve Bank of San Francisco, Working Paper 2015-12).

Quelle: National Bureau of Statistics, People's Bank of China; eigene Berechnungen.

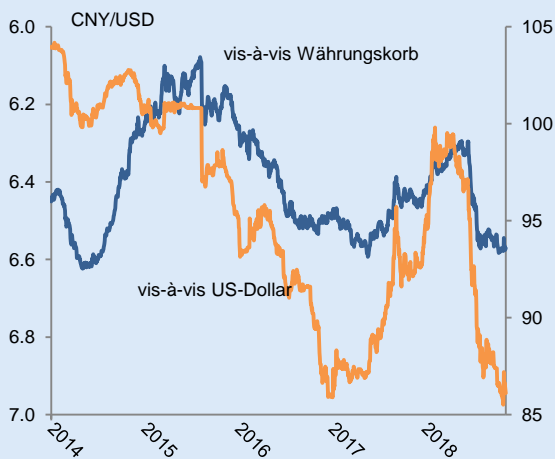
Abbildung 6.2:
Preisentwicklung 2011–2018



Monatswerte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr. Kernrate: Verbraucherpreise ohne Energie und Nahrungsmittel.

Quelle: National Bureau of Statistics.

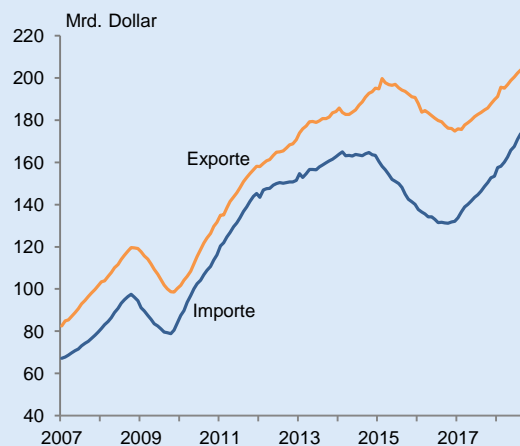
Abbildung 6.3:
Wechselkurse 2014–2018



Tagesdaten.

Quelle: Thomson Reuters, Datastream; China Foreign Exchange Trade System; eigene Berechnungen.

Abbildung 6.4:
Außenhandel 2007–2018

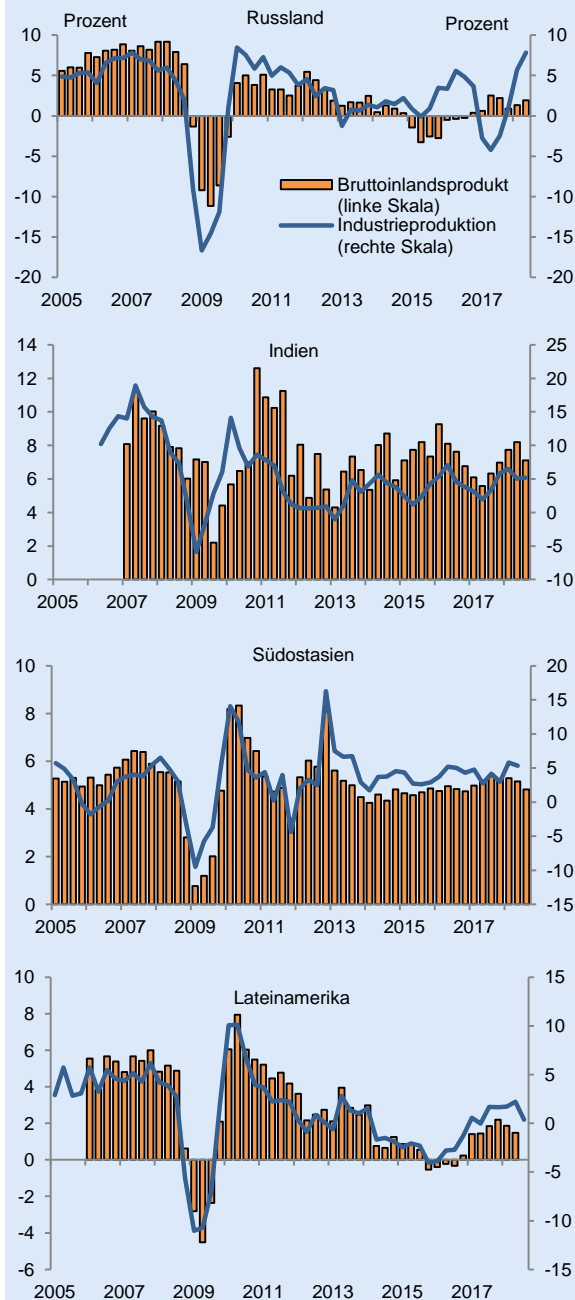


Monatswerte, gleitender 12-Monatsdurchschnitt

Quelle: General Administration of Customs; eigene Berechnungen.

7. Übrige Schwellenländer

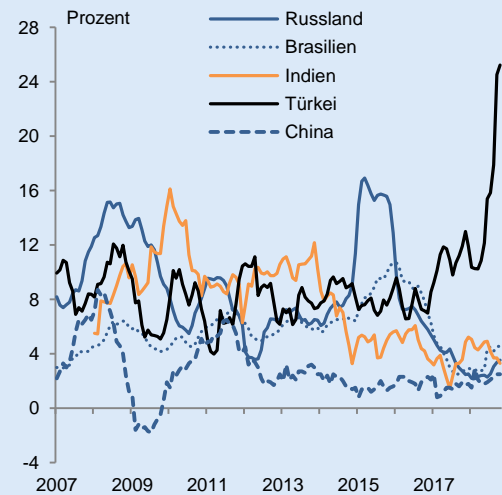
Abbildung 7.1:
Bruttoinlandsprodukt und Industrieproduktion 2005–2018



Quartalsdaten; preisbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorjahr; Südostasien: gewichteter Durchschnitt für Indonesien, Thailand, Malaysia und Philippinen; Lateinamerika: gewichteter Durchschnitt für Argentinien, Brasilien, Chile, Kolumbien, Mexiko und Peru.

Quelle: IMF, *International Financial Statistics*; nationale statistische Ämter; eigene Berechnungen.

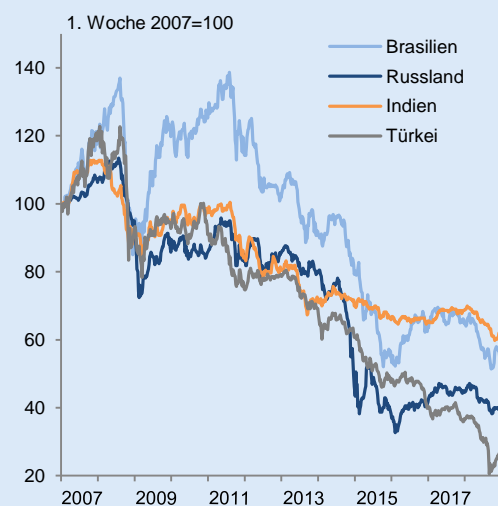
Abbildung 7.2:
Verbraucherpreise 2007–2018



Monatsdaten; Veränderung gegenüber dem Vorjahr.

Quelle: Federal State Statistics Service, *Russland*; Brasilianisches Institut für Geographie und Statistik, *Brasilien*; National Bureau of Statistics, *China*; Labour Bureau, *Indien*.

Abbildung 7.3:
US-Dollar-Wechselkurse 2007–2018



Wöchentliche Daten. Letzter Wert: 26.11.2018.

Quelle: Thomson Reuters, Datastream.

8. Übersichtstabellen

Tabelle 8.1:
Rahmendaten für die Konjunkturprognose 2018–2020

	2018				2019				2020			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Leitzins												
Vereinigte Staaten	1,50	1,75	2,00	2,25	2,25	2,25	2,50	2,50	2,50	2,50	2,50	2,50
Japan	-0,1	-0,1	-0,1	-0,1	-0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,1	0,1
Euroraum	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,25	0,25	0,25	0,50	0,50
Wechselkurse												
US-Dollar/Euro	1,23	1,19	1,16	1,14	1,14	1,14	1,14	1,14	1,14	1,14	1,14	1,14
Yen/US-Dollar	108,3	109,2	111,5	113,0	113,0	113,0	113,0	113,0	113,0	113,0	113,0	113,0
Ölpreis (Brent) in US-Dollar	66,90	74,50	75,10	69,80	61,20	61,50	61,80	62,10	62,40	62,70	108,00	63,40
HWWI-Index für Industrierohstoffe	129,8	129,4	121,9	119,0	117,8	117,2	116,6	117,6	118,2	118,8	119,3	119,9

Leitzins: Vereinigte Staaten: Untergrenze des Zielbandes für die Fed Funds Rate; Japan: Tagesgeldzins; Euroraum: Hauptrefinanzierungssatz.

Quelle: HWWI, Rohstoffpreisindex; IMF, *International Financial Statistics*; Federal Reserve Bank, *Intended Federal Funds Rate*; EZB, *Monatsbericht*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

Tabelle 8.2:
Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften 2018–2020

	Gewicht	Bruttoinlandsprodukt			Verbraucherpreise			Arbeitslosenquote		
		2018	2019	2020	2018	2019	2020	2018	2019	2020
Europäische Union	36,4	2,0	1,7	1,6	2,0	1,8	1,8	7,2	6,8	6,5
Euroraum	26,3	1,9	1,7	1,5	1,7	1,5	1,5	8,2	7,7	7,4
Vereinigtes Königreich	5,9	1,3	1,0	1,1	2,4	2,2	2,0	4,1	4,3	4,5
Schweden	1,1	2,8	2,2	2,2	2,1	2,0	2,2	6,2	5,9	5,7
Polen	1,1	5,2	4,0	3,0	1,4	1,8	2,1	3,8	3,4	3,1
Schweiz	1,5	2,8	2,2	1,7	1,0	1,1	1,2	4,5	4,3	4,3
Norwegen	0,8	1,7	1,8	1,5	2,8	3,0	2,2	4,0	3,8	3,7
Vereinigte Staaten	41,2	2,9	2,5	1,9	2,5	2,3	2,2	3,9	3,7	3,5
Kanada	3,4	2,2	2,3	1,9	2,6	2,1	2,1	5,8	5,8	5,9
Japan	11,0	0,8	1,0	0,8	1,0	1,2	1,9	2,4	2,2	2,1
Südkorea	3,1	2,6	2,4	2,8	1,6	1,8	1,6	3,8	3,7	3,7
Australien	2,7	3,2	2,8	2,5	2,0	2,3	2,2	5,4	5,3	5,2
Aufgeführte Länder	100,0	2,4	2,1	1,8	2,2	2,0	2,1	5,3	5,0	4,8

Prozent. Gewicht gemäß Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2017 in US-Dollar. Bruttoinlandsprodukt: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr. Verbraucherpreise: Veränderung gegenüber dem Vorjahr, Europäische Union und Norwegen: harmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI). Arbeitslosenquote: standardisiert nach dem ILO-Konzept. Ländergruppen gewichtet auf der Grundlage der Erwerbspersonenzahl von 2017.

Quelle: Eurostat, *Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen*; OECD, *Main Economic Indicators*; IMF, *World Economic Outlook Database*; Statistics Canada, *Canadian Economic Account*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

Tabelle 8.3:
Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in den EU-Ländern 2018–2020

	Gewicht	Bruttoinlandsprodukt			Verbraucherpreise			Arbeitslosenquote		
		2018	2019	2020	2018	2019	2020	2018	2019	2020
Deutschland*	21,4	1,5	1,7	1,5	1,8	1,8	1,7	3,4	3,1	3,0
Frankreich	14,9	1,6	1,4	1,5	2,1	1,7	1,8	9,0	8,7	8,4
Italien	11,2	1,0	0,7	0,8	1,3	0,9	0,9	10,6	10,5	10,3
Spanien	7,6	2,5	2,0	1,7	1,8	1,5	1,6	15,3	14,2	13,5
Niederlande	4,8	2,6	1,7	1,6	1,6	1,2	1,4	3,9	3,4	3,1
Belgien	2,8	1,5	1,5	1,4	2,3	1,9	1,8	6,3	6,0	5,8
Österreich	2,4	2,6	1,7	1,6	2,1	1,6	1,7	4,9	4,8	4,7
Irland	1,9	7,6	5,0	2,9	0,5	1,0	1,2	5,7	4,7	4,1
Finnland	1,5	2,3	1,6	1,6	1,2	0,9	1,0	7,6	7,1	7,0
Portugal	1,3	2,1	1,6	1,6	1,2	1,2	1,3	7,0	6,3	5,8
Griechenland	1,2	2,3	2,5	2,8	0,8	0,9	1,1	19,3	17,5	15,5
Slowakei	0,6	4,3	4,0	3,7	2,6	2,3	2,7	6,8	5,7	5,0
Luxemburg	0,4	3,1	3,1	2,8	2,0	1,8	2,1	5,2	4,9	4,7
Slowenien	0,3	4,5	3,1	2,6	2,0	1,7	2,0	5,3	4,7	4,0
Litauen	0,3	3,2	3,2	3,4	2,6	2,0	2,4	6,2	5,7	5,4
Lettland	0,2	5,0	4,6	3,7	2,5	2,2	2,6	7,5	6,7	6,3
Estland	0,1	3,5	3,5	3,3	3,4	2,7	3,0	5,3	4,8	4,5
Zypern	0,1	3,8	3,2	3,0	0,8	1,1	1,4	8,5	7,1	6,0
Malta	0,1	4,9	4,2	3,4	1,9	1,8	2,2	3,8	3,5	3,3
Vereinigtes Königreich	15,2	1,3	1,0	1,1	2,4	2,2	2,0	4,1	4,3	4,5
Schweden	3,1	2,8	2,2	2,2	2,1	2,0	2,2	6,2	5,9	5,7
Polen	3,0	5,2	4,0	3,0	1,4	1,8	2,1	3,8	3,4	3,1
Dänemark	1,9	1,2	1,5	1,5	0,8	0,9	1,0	4,9	4,5	4,0
Tschechien	1,2	2,9	2,6	2,6	2,1	2,3	2,6	2,3	2,1	2,0
Rumänien	1,2	4,2	3,6	3,2	4,2	4,0	3,0	4,2	3,8	3,6
Ungarn	0,8	4,5	3,2	2,8	2,9	3,7	3,8	3,7	3,3	3,1
Bulgarien	0,3	3,4	3,2	3,0	2,6	3,5	3,5	5,3	4,9	4,6
Kroatien	0,3	2,6	2,6	2,4	1,6	1,7	1,9	8,6	7,4	6,5
Europäische Union	100,0	2,0	1,7	1,6	2,0	1,8	1,8	7,2	6,8	6,5
<i>Nachrichtlich:</i>										
Europäische Union 15	91,3	1,8	1,5	1,4	1,8	1,6	1,6	7,4	7,1	6,8
Beitrittsländer	8,7	4,3	3,5	3,0	2,3	2,5	2,6	5,8	5,2	4,8
Euroraum	72,9	1,9	1,7	1,5	1,7	1,5	1,5	8,2	7,7	7,4
Euroraum ohne Deutschland	51,5	2,1	1,6	1,5	1,7	1,4	1,5	9,9	9,4	9,0

Prozent. Gewicht: auf der Grundlage des Bruttoinlandsprodukts zu Preisen und Wechselkursen von 2017. Bruttoinlandsprodukt: preis- und kalenderbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr. Verbraucherpreise: Veränderung gegenüber dem Vorjahr, harmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI). Arbeitslosenquote: standardisiert nach dem ILO-Konzept, Ländergruppen gewichtet auf der Grundlage der Erwerbspersonenzahl von 2017. Beitrittsländer seit 2004. *Zahlen weichen von denen im Deutschland-Konjunkturbericht ab, in dem die Zuwachsraten für das Bruttoinlandsprodukt in der Regel nicht kalenderbereinigt und Verbraucherpreise gemäß VPI-Abgrenzung (statt HVPI) ausgewiesen werden; außerdem bezieht sich die ILO-Erwerbslosenquote auf die Erwerbspersonen gemäß Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (statt auf die Erwerbspersonen gemäß Mikrozensus).

Quelle: Eurostat, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

Tabelle 8.4:
Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise in ausgewählten Schwellenländern 2017–2020

	Gewicht	Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise			
		2017	2018	2019	2020	2017	2018	2019	2020
Indonesien	6,0	5,1	5,2	5,2	5,2	3,8	3,2	3,9	4,0
Thailand	2,3	3,9	4,2	3,0	3,0	0,7	1,1	1,7	2,0
Malaysia	1,7	5,9	4,7	4,1	4,1	3,8	1,1	2,3	3,0
Philippinen	1,6	6,7	6,2	5,8	5,5	2,9	5,4	4,7	3,5
Insgesamt	11,5	5,2	5,1	4,7	4,6	3,1	2,8	3,3	3,4
China	42,5	6,8	6,6	6,1	5,8	1,6	2,2	2,3	2,3
Indien	17,4	6,7	7,7	7,5	7,0	3,8	4,9	4,8	5,0
Asien insgesamt	71,5	6,5	6,6	6,2	5,9	2,3	2,9	3,1	3,1
Brasilien	6,0	1,1	1,2	2,0	2,5	3,4	3,8	5,0	4,0
Mexiko	4,5	2,3	2,1	2,6	2,4	6,0	4,9	3,7	3,1
Argentinien	1,7	2,9	-3,2	-2,0	1,8	26,9	30,0	40,0	26,0
Kolumbien	1,3	1,8	2,6	3,1	3,2	4,3	3,3	3,1	3,0
Venezuela	0,7	-14,0	-17,0	-6,0	-3,0	-	-	-	-
Chile	0,8	1,6	4,0	2,8	2,8	2,2	2,5	3,1	3,0
Peru	0,8	2,5	3,3	3,7	3,5	2,8	1,3	2,3	2,5
Lateinamerika insgesamt	15,8	1,1	0,6	1,6	2,3	6,8	6,8	8,1	6,0
Russland	7,4	1,5	1,6	1,7	1,6	3,7	3,0	5,0	4,1
Türkei	4,0	7,0	3,8	0,4	3,5	11,1	18,0	22,0	12,0
Südafrika	1,4	1,3	0,8	1,4	1,7	5,3	4,8	5,3	5,4
Aufgeführte Länder	100,0	5,2	5,1	4,8	4,9	3,5	4,2	4,8	4,0

Prozent. Gewicht: gemäß Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2017 nach Kaufkraftparitäten. Bruttoinlandsprodukt: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr. Verbraucherpreise: Veränderung gegenüber dem Vorjahr. Asien insgesamt, Lateinamerika insgesamt: aufgeführte Länder ohne Venezuela.

Quelle: IMF, *International Financial Statistics*; OECD, *Main Economic Indicators*; nationale Statistiken; eigene Berechnungen; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

Literatur

- Ademmer, M., J. Boysen-Hogrefe, S. Fiedler, D. Groll, N. Jannsen, S. Kooths und G. Potjagailo (2018). Aufschwung stößt an Grenzen – Belebung nur temporär. Kieler Konjunkturberichte 50 (2018|Q4). Institut für Weltwirtschaft, Kiel. Via Internet (12.12.2018) <<https://www.ifw-kiel.de/de/publikationen/kieler-konjunkturberichte/2018/aufschwung-stoesst-an-grenzen-belebung-nur-temporaer-0/>>.
- Born, B., G. Müller, M. Schularick und P. Sedlacek (2018). The Costs of Economic Nationalism: Evidence from the Brexit Experiment. CEPR Discussion Paper 12454. Center for Economic Policy Research, Washington, D.C.
- Gern, K.-J., P. Hauber und G. Potjagailo (2015). Zu den globalen Auswirkungen einer harten Landung der Konjunktur in China. IfW-Box 2015.12. Institut für Weltwirtschaft, Kiel. Via Internet (10.12.2018) <<https://www.ifw-kiel.de/de/publikationen/ifw-box/2015/zu-den-globalen-auswirkungen-einer-harten-landung-der-konjunktur-in-china-8842/>>.
- Gern, K.-J., A. Lindner und M. Micheli (2017). Konjunkturbedingte Expansion des Welthandels. *Wirtschaftsdienst* 97 (11): 827–828.
- Hauber, P. (2018). Zu den gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen eines globalen Handelskonflikts. IfW-Box 2018.11. Institut für Weltwirtschaft, Kiel. Via Internet (10.12.2018) <<https://www.ifw-kiel.de/de/publikationen/ifw-box/2018/zu-den-gesamtwirtschaftlichen-auswirkungen-eines-globalen-handelskonflikts-0/>>.
- IMF (International Monetary Fund) (2015). World Economic Outlook. Chapter 3. Washington, D.C. April.
- Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2018). Gemeinschaftsdiagnose 2-2018: Aufschwung verliert an Fahrt – Weltwirtschaftliches Klima wird rauer. Via Internet (10.12.2018) <http://gemeinschaftsdiagnose.de/wp-content/uploads/2018/10/GD2_2018_final_20181002.pdf>.
- Weltbank (2018). Returning to a Sustainable Fiscal Path. Brazil Public Policy Note. Via Internet (11.12.2018) <<http://pubdocs.worldbank.org/en/598991536597996398/Policy-Note-Fiscal-stabilization-and-fiscal-rules.pdf>>.